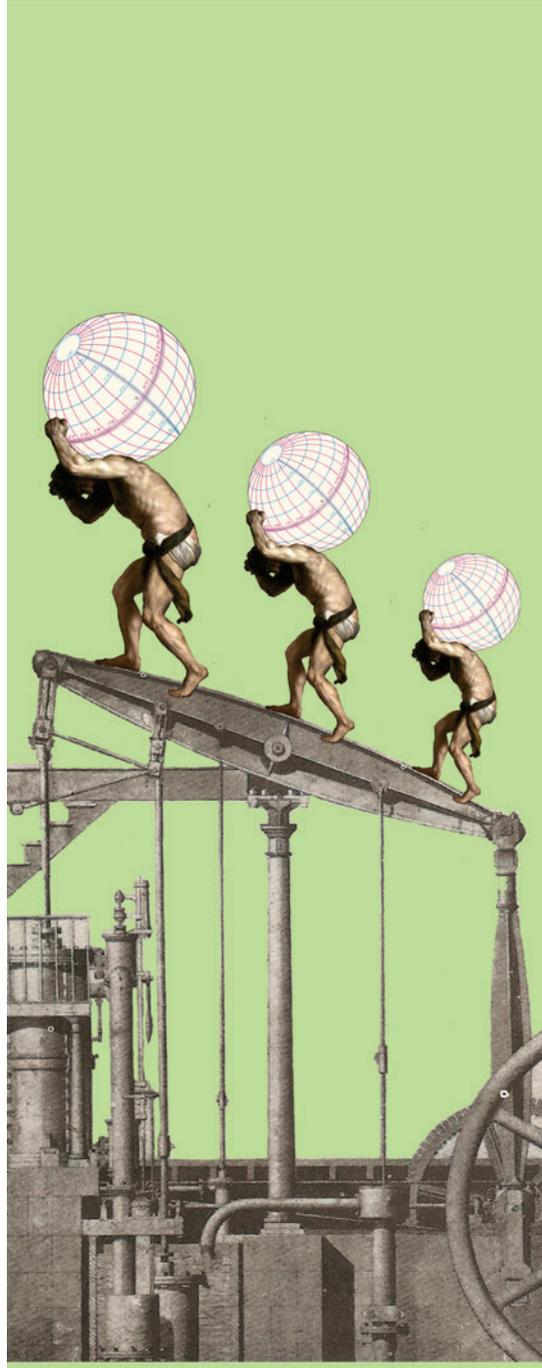


BAND 38

Gerechtigkeit gestalten – Ressourcenpolitik für eine faire Zukunft

Ein Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung

Herausgegeben von der **Heinrich-Böll-Stiftung**



**GERECHTIGKEIT GESTALTEN –
RESSOURCENPOLITIK FÜR EINE FAIRE ZUKUNFT**

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR ÖKOLOGIE
BAND 38**

Gerechtigkeit gestalten – Ressourcenpolitik für eine faire Zukunft

Ein Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Künstlerin

Ines Meier, geboren 1982, Studium der Bildenden Kunst mit Schwerpunkt Fotografie und Text in Braunschweig und Paris. Lebt als Künstlerin und Journalistin in Berlin.



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/> Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Gerechtigkeit gestalten – Ressourcenpolitik für eine faire Zukunft

Ein Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung

Band 38 der Schriftenreihe Ökologie

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung 2014

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, C. Mawrodiew (basierend auf Entwürfen von blotto Design)

Cover-Bild und Illustrationen: Ines Meier

Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren

ISBN 978-3-86928-128-5

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort	6
Danksagung	8
Die Geschichte des Memorandums	9
Zusammenfassung	12
1 Überfluss und Gerechtigkeit	16
2 Faktoren der Umweltbelastung und Ungleichheit	20
3 Warum ist es bislang nicht gelungen, diese Trends zu stoppen?	23
4 Ein normativer Rahmen für faire und nachhaltige Ressourcenpolitik	36
5 Strategien für eine faire Zukunft	42
6 Wie geht es weiter?	53

VORWORT

Die Ausbeutung von Teersanden in Nordamerika und im Kongo, Landkäufe im großen Stil in Asien und Afrika, Chinas Investitionen in der Mekong-Region, Bergbau und Sojaanbau in Lateinamerika – die globale Ressourcen-Bonanza ist eine Tatsache. Die Heinrich-Böll-Stiftung nimmt sie gemeinsam mit vielen Partner/innen so nicht hin. Denn sie führt nicht – wie vielfach erhofft – zu einer fairen Verteilung der Erlöse, zum Abbau von Armut. Im Gegenteil beobachten wir alle Phänomene des Ressourcenfluchs: die Konzentration ökonomischer und wirtschaftlicher Macht, ökologische Zerstörungen und Zunahme sozialer Ungleichheit. Deshalb unterstützen wir ganz andere Vorstellungen und Konzepte, nämlich von einer gerechten und ökologischen Zukunft – für eine globale Energie- und Agrarwende, für eine andere Ressourcenpolitik. Wir sind solidarisch mit Menschen, die sich gegen die Einschränkung ihrer demokratischen Rechte und gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zur Wehr setzen. Wir unterstützen die soziale und ökologische Transformation überall, zu Hause in Deutschland und Europa, von Nigeria über Tschechien bis zum Westbalkan. Wir streiten für eine drastische Senkung des Ressourcenverbrauchs, für verbindliche Transparenz und Rechenschaftspflichten für europäische Konzerne. Ökologie, Demokratie und Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar zusammen.

Die zentrale Frage für uns ist deshalb, wie die Nutzung natürlicher Ressourcen gestaltet sein muss, damit die ökologischen Grenzen unserer Welt respektiert und gleichzeitig die Menschenrechte und Demokratie gestärkt werden. Um die Vielfalt der regionalen Perspektiven auf diese Frage einzufangen, haben wir einen internationalen Dialogprozess unter dem Titel «Ressourcengerechtigkeit in einer endlichen Welt» durchgeführt, der besonders das Wissen und die Erfahrungen junger Menschen in unseren Partnerländern – aber auch in Deutschland und Europa – einfängt.

Ein Ergebnis dieses Dialogprozesses ist dieses Memorandum, das einen normativen Rahmen für unsere ressourcenpolitische Arbeit formuliert und Handlungsfelder und Interventionsmöglichkeiten aufzeigt. Diese gilt es in den jeweiligen Regionen und Ländern aufzugreifen, zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Das Memorandum versteht sich dabei als ein möglicher Baustein einer ressourcenpolitischen Strategie. Der Dialogprozess in unseren Auslandsbüros und Partnernetzwerken ist der Beginn einer intensiven Beschäftigung mit den Herausforderungen einer Ressourcenpolitik, die demokratische Teilhabe, Menschenrechte, Ressourcenschutz und Gerechtigkeit ins Zentrum stellt. Ich danke denjenigen Kolleginnen und Kollegen in den Auslandsbüros, die durch die Organisation regionaler Zukunftswerkstätten einen wichtigen Beitrag zum Erfolg des Gesamtprojektes geleistet haben.

Ich bin begeistert, wie viele Menschen sich in den letzten zwei Jahren am gesamten Prozess und an den zehn Zukunftswerkstätten mit Teilnehmenden aus

29 Ländern beteiligt haben, um ihre Ideen, Perspektiven und Analysen mit uns zu teilen. Mein besonderer Dank gilt dem Beratungsgremium, das die vielen Ideen zu bündeln und zu strukturieren half. Meine allerhöchste Wertschätzung gilt Christine Chemnitz und Lili Fuhr: Sie hatten die Idee zu diesem Prozess und haben ihn von Anfang an koordiniert und verantwortet. Das Memorandum schließlich haben sie in vielen Runden mit den Teilnehmenden diskutiert und stetig verbessert. Ich bin überzeugt, dass der nun vorgelegte Text zum Nachdenken und Handeln anregen wird. Mein Dank gilt in besonderer Weise auch Ralph Griese und Annette Kraus. Ralph Griese hat als Moderator des Gesamtprozesses, der Zukunftswerkstätten und des Ressourcengipfels maßgeblich zum Gelingen und vor allem auch zu Motivation und Freude der Beteiligten beigetragen. Annette Kraus hat die administrativen, organisatorischen und finanziellen Fäden souverän zusammengehalten. Und auch folgenden Personen möchte ich für ihre aktive Beteiligung und Beiträge danken: Janine Korduan, Inka Dewitz, Abby d'Arcy, Ramona Simon, Lara Cahal und Inka Bosch.

Berlin, im Juni 2014

Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

DANKSAGUNG

Wir möchten den folgenden Personen für ihre Anregungen und Anmerkungen zu mehreren Entwurfsfassungen dieses Memorandums danken:

Amal Dababseh, Ana Di Pangraccio, Andrea Bues, Andrew Ihlo, Axel Harneit-Sievers, Barbara Unmüßig, Betzabet del Valle Morero, Carlos Monge, Cathrin Klenck, Chan Ramy, Christine Moser, Cintia Barenho, Corinne Deek, Dawid Bartelt, Divja Gupta, Durukan Dudu, Erick Onduru, Fredrick Njau, Gitanjali More, Hans Verolme, Heike Löschmann, Heidi Feldt, Jagoda Munic, Jenny Franco, Johanna Sydow, Jutta Kill, Kate Raworth, Katja Heubach, Katrin Seidel, Kimani Sankara, Kulthoum Omari, Lennart Kümper-Schlake, Maiana Teixeira, Maja Göpel, Malik Fercovic, María Cecilia Reeves, Maureen Santos, Max Marwede, Michael Buesgen, Muna Dajani, Ozgur Gurbuz, Pinaki Das Gupta, Raimund Bleischwitz, Recaredo Gálvez, Samuel Nguiffo, Sebastián Ainzúa Auerbach, Sisay Misganaw, Sunita Narain, Svenja Oberender, Thomas Fatheuer, Uli Brand, Wolfgang Sachs, Xu Ting, Zukiswa Kota.

DIE GESCHICHTE DES MEMORANDUMS

«Wir gehen von einem alternativen Zukunftsbild aus, wir heben andere Sichtweisen auf die Welt hervor, nämlich die der indigenen Menschen unserer Erde. Sie betrachten Wälder, Sonne, Wind und Wasser nicht als Hilfsquellen, sondern als wesentliche Elemente der Natur, und auch als Gemeingüter, die das komplexe Geflecht, zu dem wir gehören, mit Leben erfüllen. Umso notwendiger ist es, unsere Wörter neu zu erfinden, um den herrschenden Diskurs zu dekonstruieren, indem wir unsere Beziehung zur Welt, die uns umgibt, neu gestalten.»

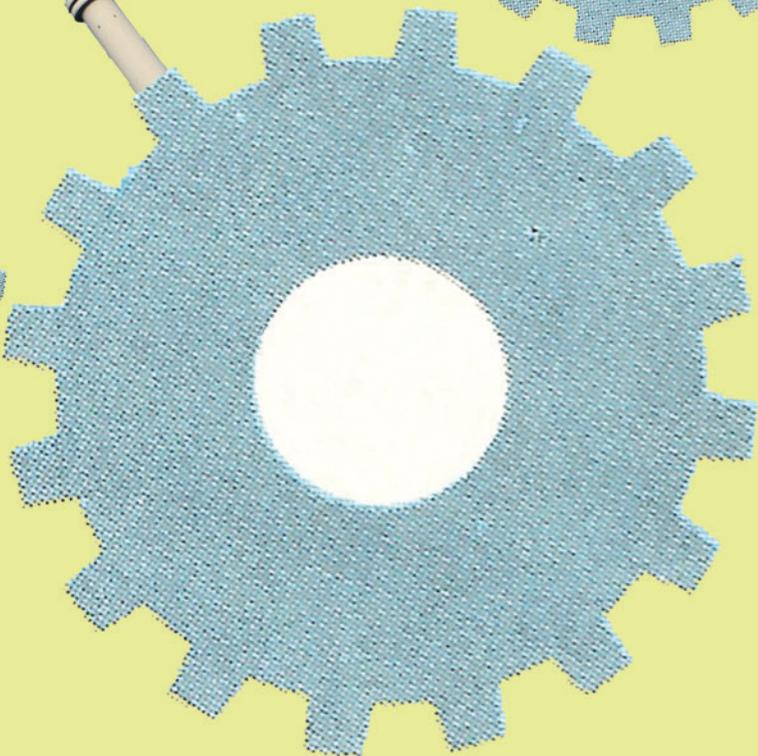
Edgardo García, Mariana Reyes und Rosalía Soley

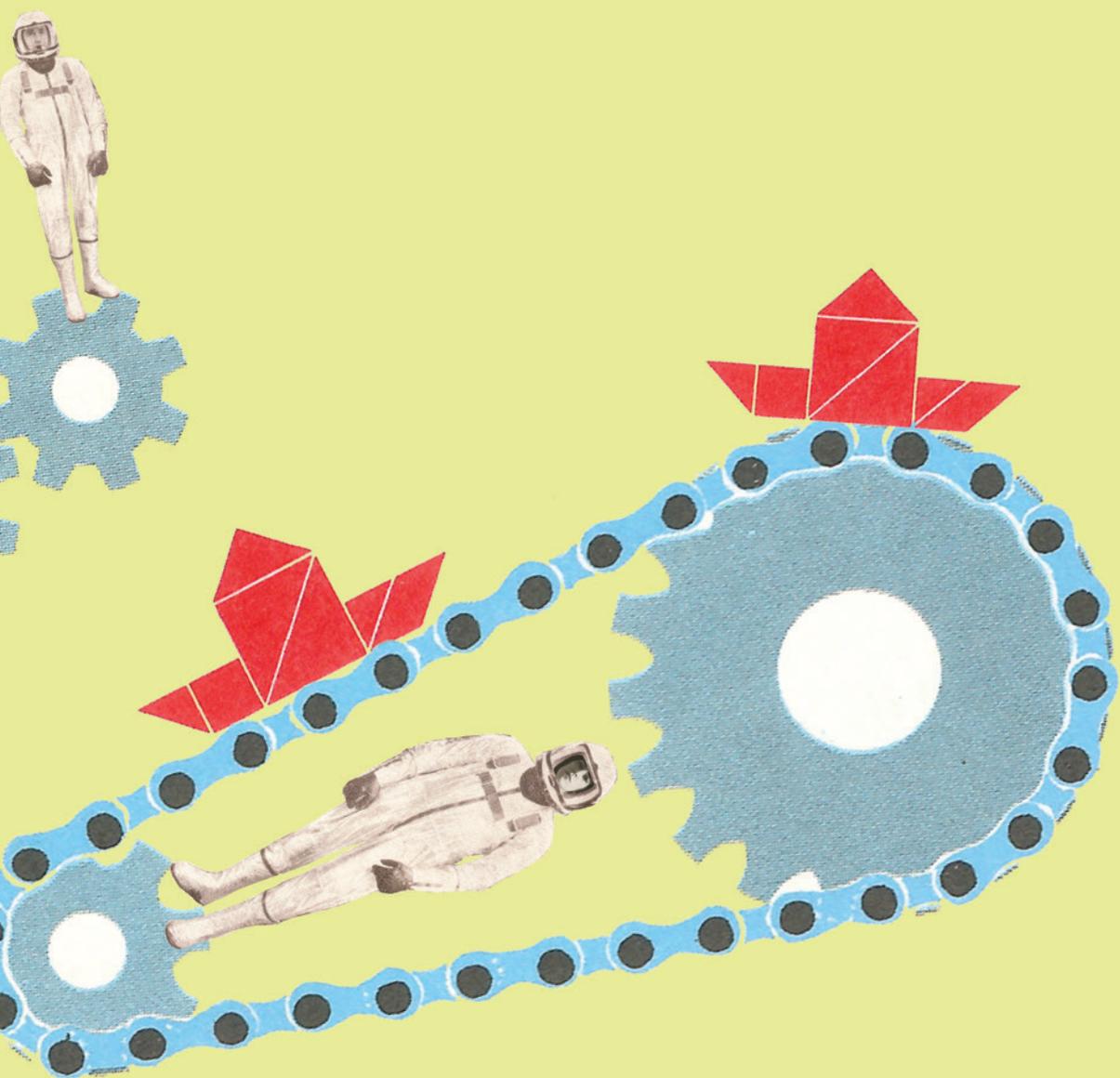
Delegierte der Zukunftswerkstatt Mexiko, Zentralamerika und Karibik

Dieses Memorandum ist das Ergebnis eines zweijährigen Dialoges, nämlich des Projektes «Ressourcengerechtigkeit in einer endlichen Welt» der Heinrich-Böll-Stiftung. Zunächst diskutierten junge Menschen aus 29 Ländern und trafen sich dazu in zehn «Zukunftswerkstätten» in ihrer jeweiligen Region: in Lateinamerika, in Europa, im Nahen Osten und in Nordafrika (einschließlich der Türkei), in Afrika südlich der Sahara und in Asien. Delegierte jeder dieser Zukunftswerkstätten brachten dann die diskutierten Erfahrungen und Visionen nach Berlin. Dort verbrachten sie zwei Tage mit dem deutschen und internationalen Team der Heinrich-Böll-Stiftung, um die Ideen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Der Prozess wurde von einer Beratungsgruppe unterstützt, der elf international renommierte Umwelt- und Menschenrechtsexpertinnen und -experten angehörten.

Ein Ziel dieses Memorandums ist es, die sehr unterschiedlichen Diskussionsverläufe zusammenzuführen. Es strebt nicht an, die Komplexität und Vielfalt der regionalen Debatten in vollem Umfang darzustellen. Es ist jedoch stark von den Ergebnissen der Zukunftswerkstätten, den Sichtweisen der Delegierten und Berater inspiriert. Das Memorandum stellt eine subjektive Auswahl der beiden Leitautorinnen, Christine Chemnitz und Lili Fuhr, dar und ist keineswegs ein Versuch, einen globalen Konsens unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern herzustellen – denn tatsächlich existiert er nicht! Mit dem Memorandum unternehmen wir einen ersten Schritt zur Erkundung einer neuen Perspektive. Sie ist eine von vielen möglichen, und eine, die stark von der europäischen Herkunft der Leitautorinnen geprägt ist. Das Memorandum bietet weder einen allumfassenden Ausblick noch eine Vorgabe für jedes Land, jede Region und jede Gesellschaft. Aber es benennt eine Reihe von Grundsätzen und Ideen für eine gerechte und rechtsstaatliche Ressourcenpolitik im Dreieck von Sozioökonomie, Ökologie und Demokratie – und mit einer internationalen Perspektive, die nun in die verschiedenen Länder und Regionen übertragen und dort angepasst und debattiert werden kann.

Memorandum





ZUSAMMENFASSUNG

In diesem Memorandum wird der Begriff *Ressourcenpolitik* eingeführt. Mit seiner Hilfe sollen Machtverhältnisse analysiert und Strategien unterstützt werden, damit die Kontrolle über die Natur und die Art und Weise ihrer Nutzung geändert wird.

Mithilfe des Ansatzes der *Ressourcenpolitik* sollen aktuelle Konflikte um die Ressourcennutzung als komplexe Interaktionen zwischen der Natur und den Menschen, ihren Interessen, Machtverhältnissen und Kulturen in verschiedenen *Territorien* (auf lokaler, regionaler und globaler Ebene) betrachtet werden. Diese Perspektive zeigt Lösungen auf, die die Rechte von Menschen und die der Natur schützen. Sie stellt die Vorstellung von Natur als Ressource infrage und schafft so die Freiheit, über Transformationsstrategien nachzudenken.

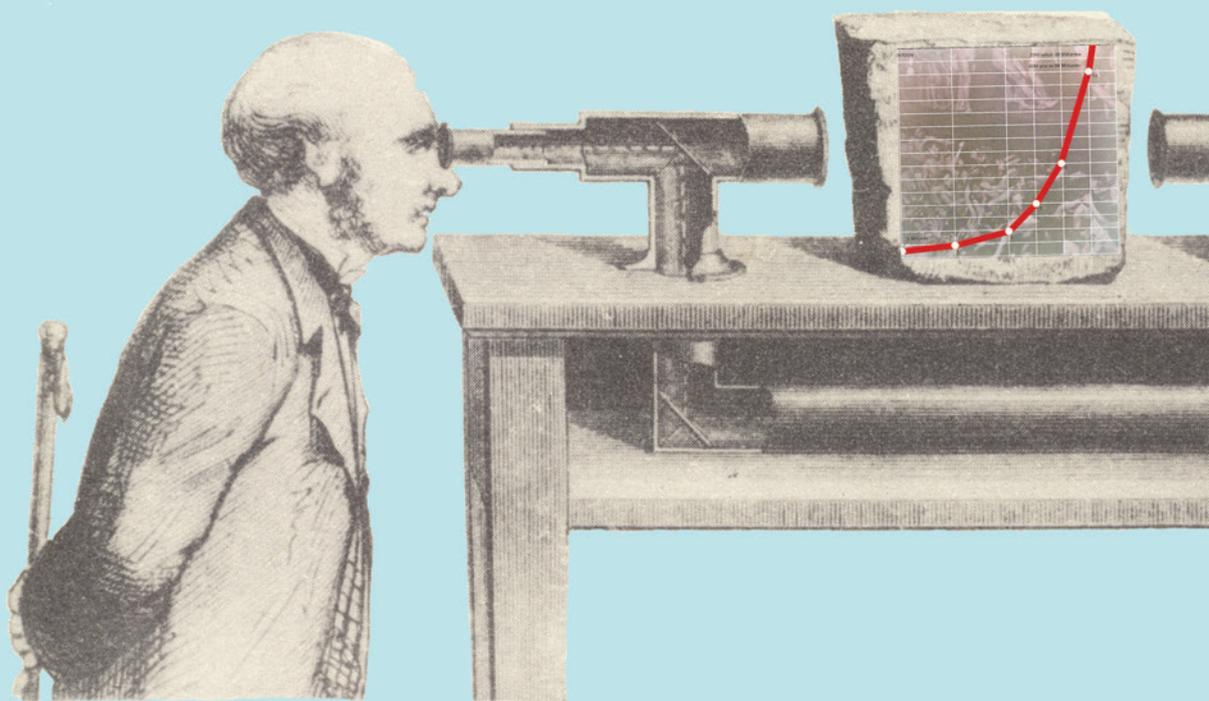
Schlüsselfaktoren für Umweltbelastungen, Ungerechtigkeit und schrumpfende demokratische Spielräume sind:

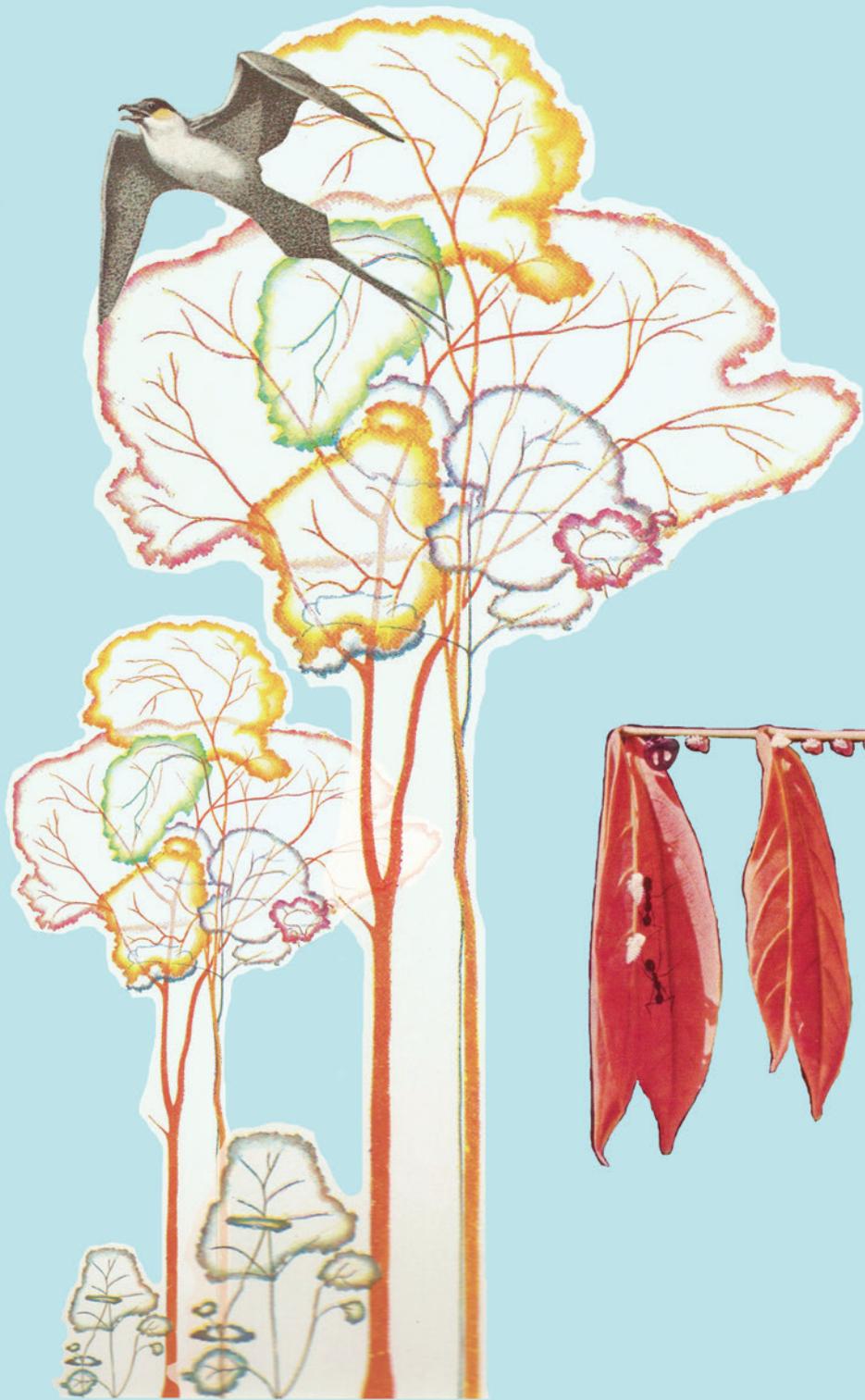
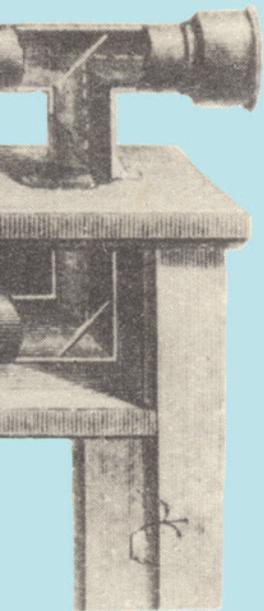
1. Im derzeitigen Finanzkapitalismus gibt es einen tief verwurzelten Glauben an die Wirksamkeit und die Effizienz von Märkten zur Regulierung des wirtschaftlichen Austauschs zwischen Individuen und Nationen und an das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, den dominierenden Indikator wirtschaftlicher und politischer Leistungsfähigkeit. Dieser Glaube schafft institutionelle und mentale Infrastrukturen, die neue Instrumente für die Finanzialisierung der Natur hervorbringen und die Einhegung der verbleibenden Gemeingüter vorantreiben. Daraus entsteht ein forcierter Raubbau an den letzten Ressourcen.
2. Große Unternehmen (private oder im öffentlichen Besitz befindliche) sind gleichzeitig in verschiedenen Wirtschaftssektoren tätig und verdienen eine enorme Menge Geld, indem sie das gegenwärtige Ausbeutungsmodell unverändert bewahren. Diese Unternehmen werden zu groß und zu mächtig, um kontrolliert werden zu können. Tatsächlich sind sie wie manche internationale Bank «too big to fail» («zu groß, um sie scheitern zu lassen») – und deswegen meist auch zu groß für jegliche rechtsstaatliche Kontrolle («too big to jail», also «zu groß, um sie ins Gefängnis zu stecken»).
3. Das internationale Handels- und Investitionsrecht schützt große Investoren, jedoch nicht die Rechte der Menschen oder der Umwelt. Das «andere» globale Regime, das der Menschenrechte und des internationalen Umweltrechts unter dem Mandat der Vereinten Nationen, wird als «Soft Law» behandelt. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten haben die Strukturen der ökonomischen «Governance» vereinnahmt, um ein weltweites Übereinkommen zu bewahren, das auf die weitere Ausbeutung von und den Handel mit Ressourcen setzt – den «commodity consensus».

Dieses Memorandum bietet eine neue Perspektive, die Demokratie, Ökologie und Menschenrechte untrennbar miteinander verknüpft. Es zeigt drei grundlegende Wege nach vorn, die die Richtung für eine faire und nachhaltige Ressourcenpolitik vorgeben können:

- (a) den Rechten von Menschen und der Natur Vorrang vor Märkten und Profiten geben und Menschen befähigen, ihre Rechte zu behaupten und einzufordern;
- (b) die Machtkonzentration stoppen und den Zugang zu sowie die Kontrolle über natürliche Ressourcen, Finanzkapital und Technologien wieder in die Hände der Menschen legen;
- (c) Produktion, Konsum und Lebensgrundlagen sozial-ökologisch gerecht machen.

Da Konflikte und Machtstrukturen sich je nach Land oder Ort unterscheiden, kann dieses Memorandum nur ein paar Ideen für den internationalen Kontext aufzeigen. Jede Region wird feststellen müssen, welcher Ansatz am besten geeignet ist, ihre spezifischen Herausforderungen anzupacken, und welche Allianzen für den gewählten Ansatz erforderlich sind.





1 Überfluss und Gerechtigkeit

Wer hat heute die Zeitung gelesen? Je nachdem, in welchem Land der Welt sie erscheint, könnte sie eine Meldung über neue Ölfelder in Brasilien oder über neue Bergbauprojekte in Mexiko bringen, über die Erschließung der Ölschiefervorkommen in Jordanien, die Ausbeutung von Teersanden in Kanada, Aufkäufe von Land in Äthiopien, die Zerstörung uralter Wälder in Indien, noch mehr Palmölplantagen in Malaysia oder Biodieselprojekte in der EU. Egal, wo man sich befindet – Meldungen über die Ausbeutung natürlicher Ressourcen sind in den Medien heute allgegenwärtig.

Die Nachrichten legen nahe, dass die Welt nur dann Wirtschaftswachstum erreichen, Wohlstand schaffen und die Armut bekämpfen kann, wenn immer mehr Rohstoffe ausgebeutet werden. Weil natürliche Ressourcen als knapp gelten, könne nur deren effizientere Nutzung das heutige Wirtschaftswachstum und das vorherrschende Entwicklungsmodell fortführen. Der Rohstoff-Superzyklus mit hoher Nachfrage und hohen Preisen hat in der Tat das Wirtschaftswachstum angekurbelt und geholfen, Tausende Menschen in vielen Ländern aus der Armut zu befreien. Das Recht auf Entwicklung ist kostbar, jedoch auch kontrovers: Welcher Entwicklungspfad wird damit eingeschlagen, für wen und zu welchem Preis? Jenseits der Schlagzeilen stellt sich das Schicksal derer, die im gegenwärtigen Modell übergangen werden, als eine Geschichte von Armut, Hunger und Ungleichheit heraus, von Korruption, Arbeitslosigkeit und prekären Formen der Beschäftigung, von Flucht und Migration.

Häufig wird nicht zum Ausdruck gebracht oder auch nur verstanden, was den meisten Formen der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen gemein ist: Die Unversehrtheit der Ökosysteme wird ignoriert, Menschen werden entmachtet und ihre Rechte einem Wirtschaftsmodell geopfert, das weder für die Mehrheit der Menschheit noch für den Planeten funktioniert.

Dieses Memorandum betrachtet die Beziehung zwischen Mensch und Natur neu. Um das zu leisten, stellt es einige grundlegende Annahmen der Mainstream-Wirtschaftswissenschaften infrage. Entgegen der vorherrschenden Theorie stellt die Natur selbst kein knappes Gut dar. Sie ist in der Lage, Organismen, Prozesse und Strukturen vielfach zu reproduzieren und zu erneuern. Aus biologischer Sicht gibt es Natur im Überfluss. Das Problem ist also nicht die Natur, sondern die Beziehung der Menschen zu ihr. Viele Gesellschaften sehen die Natur mittlerweile aus der eingeschränkten Perspektive der neoklassischen Ökonomie. Das bedeutet, dass nur einzelne «Teile» der Natur und ihr monetärer Wert sichtbar und zu «Ressourcen» gemacht werden. Einige dieser Ressourcen sind erneuerbar, andere allerdings nicht, zumindest nicht in menschlichen Zeiträumen. Die Natur ist kein knappes Gut, steht aber durch die Art und Weise, in der die Menschen sie intensiv nutzen, verschmutzen und zerstören, unter Stress.

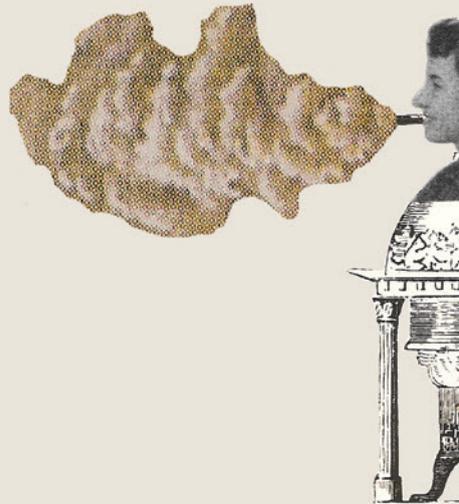
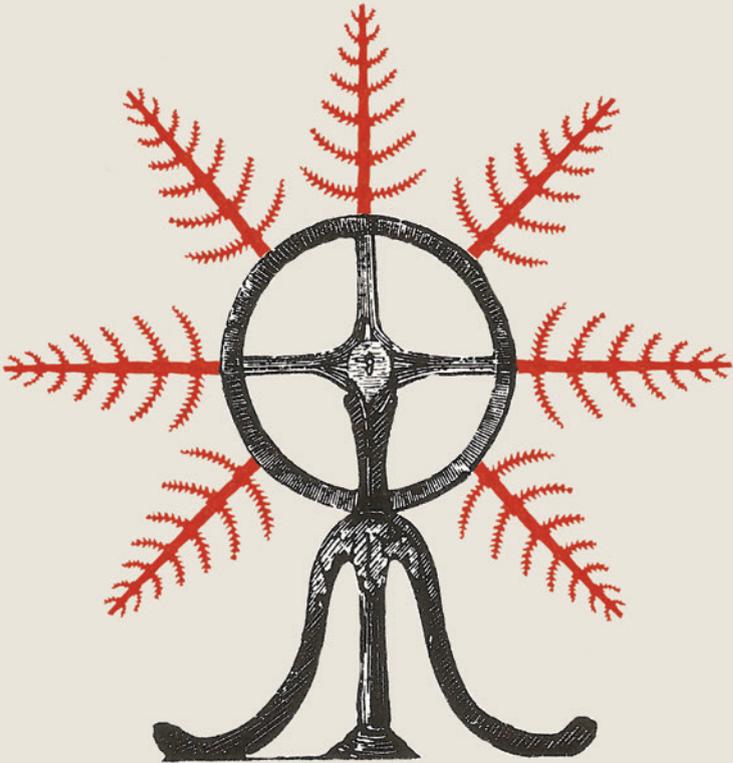
Das Konzept der Knappheit wird nicht nur der Natur übergestülpt, sondern auch vielen Kulturen, Lebensstilen und Sehnsüchten. Innerhalb von Gesellschaften finden Kämpfe um endliche Ressourcen statt. Jedoch bedeutet mehr Besitz nicht automatisch mehr Wohlergehen. Ständiges Horten aus Angst, im Wettbewerb um die Sicherung des eigenen Anteils an Boden zu verlieren, wirkt sich auf das Wohlergehen und die sozialen Beziehungen der Menschen aus. Den westlichen Lebensstil, der global von sehr vielen Menschen als Norm betrachtet wird, beschreibt ein Zitat von Tim Jackson, demzufolge wir «dazu gebracht werden, Geld, das wir nicht haben, für Dinge auszugeben, die wir nicht brauchen, um bei Menschen, die uns gleichgültig sind, Eindruck zu schinden, der keinen Bestand hat».¹

Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen unterscheidet sich grundlegend von der nachhaltigen Nutzung der Natur, mit der die Menschenrechte, Existenzgrundlagen und ein annehmbarer Lebensstandard gesichert werden können. Ein Teil dieses Unterschieds beruht auf dem Respekt vor denjenigen, die unter Ausbeutung leiden, auf dem Respekt vor der Natur und vor zukünftigen Generationen. Handelt es sich bei Wäldern um Ökosysteme und Lebensräume von Menschen oder um Flächen für die Holzgewinnung? Sind gesunde Böden die Voraussetzung für Ernährungssicherheit, bieten sie Existenzgrundlagen für Menschen und einen reichen Schatz an Biodiversität – oder sind sie ein knappes Gut für die landwirtschaftliche Produktion und daher leicht in eine Kapitalanlage für Spekulation umzuwandeln? Wenn die Natur als bloße Ressource betrachtet wird, wird sie stets als knapp erscheinen.

Die Welt ist ungerecht. Eine kleine Minderheit hat einen Lebensstil, der mehrere Planeten erfordern würde, wenn alle Bewohnerinnen und Bewohner der Erde es dieser Minderheit gleichtäten. Zugleich hat die Mehrheit der Menschen keinen Zugang zu den Ressourcen, die sie zum Überleben und zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse benötigen. Die Perspektive der Knappheit hat unsere Welt aus dem Gleichgewicht gebracht. Wir werden nur dann Gerechtigkeit herstellen können, wenn wir es wagen, die Verbindung zwischen ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie neu zu knüpfen.

In diesem Memorandum wird das Konzept der *Ressourcenpolitik* eingeführt. Es soll die Möglichkeit einer kritischen Analyse bieten und in die Entwicklung von Strategien einfließen, deren Ziel es ist, die Kontrolle und Nutzung der Natur zu verändern. Mithilfe des Ansatzes sollen aktuelle Konflikte als komplexe Interaktionen zwischen der Natur und den Menschen, ihren Interessen, Machtverhältnissen und Kulturen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene betrachtet werden. Dadurch können Lösungen entwickelt werden, die die Rechte von Menschen und der Natur wahren. Sie stellt die Vorstellung von Natur als bloße Ressource infrage und schafft so die Freiheit, über Strategien zur Transformation nachzudenken.

1 Jackson sagt, wir sind «persuaded to spend money we don't have on things we don't need to create impressions that won't last on people we don't care about». www.ted.com/speakers/tim_jackson.





2 Faktoren der Umweltbelastung und Ungleichheit

Belege für das vorherrschende unfaire und nicht nachhaltige ökonomische Modell sind überall und jeden Tag zu finden. Studien zur Empfindlichkeit von Ökosystemen liefern umfängliche Nachweise der Inkompatibilität fortdauernden Wirtschaftswachstums mit den natürlichen Zyklen der Erholung und Reproduktion. Es gibt mehr als genug Belege für die Menschenrechtsverletzungen, die aus dem exzessiven Ressourcenabbau und deren Nutzung resultieren. Jedoch bemühen sich die bestehenden Institutionen nicht darum, diese Trends zu stoppen – weder mit ihren Regulierungen und Gesetzen noch mit der entsprechenden Politik. Im Gegenteil: In den letzten Jahren hat der globale Raubbau an den natürlichen Ressourcen neue Dimensionen erreicht und den schon zuvor starken Druck auf die Natur und die Menschenrechte weiter erhöht.

a) **Ökologische Ungerechtigkeit: ein aus dem Gleichgewicht geratener Planet**

Die Menschen übertreten gleichzeitig und mit zunehmender Geschwindigkeit mehrere ökologische Kippunkte. Die daraus resultierende Zerstörung ist teilweise unwiderruflich und findet häufig in Gebieten statt, die zuvor von menschlichen Eingriffen unberührt waren. Die Menschheit emittiert z.B. mehr Treibhausgase in die Atmosphäre, als diese aufnehmen kann, und mit dem Verlust von Biodiversität und Stickstoffzyklen überschreitet sie gegenwärtig auch zwei weitere «planetarische Grenzen» – sowohl global als auch national und lokal. Hinter diesen Kippunkten liegen unberechenbare Veränderungen des Lebens auf diesem Planeten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beginnen gerade erst zu verstehen, wie die verschiedenen Umweltrisiken miteinander verknüpft sind. Daher können die Kippunkte des planetaren Systems zeitlich wie räumlich viel näher liegen als gegenwärtig angenommen.

Die fossilen Ressourcen, die das heutige Produktionssystem mit Treibstoff versorgen, sind endlich. Ihre Reproduktionszyklen liegen weit jenseits der menschlichen Zeiträume. Dasselbe gilt für den fruchtbaren Boden zur Gewinnung von Nahrungsmitteln, pflanzlichen Fasern oder Treibstoffen, der aber Tag für Tag in dramatischem Ausmaß verloren geht, ohne dass die Öffentlichkeit dies bemerkt.

b) Sozioökonomische Ungerechtigkeit: ungerechte Verteilung und ungleicher Zugang

Eine wichtige Tatsache ist leicht zu übersehen, wenn man sich auf die ökologische Dimension des steigenden globalen Konsums konzentriert: Es gibt immer noch Milliarden Menschen auf der ganzen Welt, die weitaus weniger als ihren «gerechten Anteil» an natürlichen Ressourcen und CO₂-Speicherkapazität verbrauchen. Milliarden Menschen auf der ganzen Welt haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, zu Energie, ausreichender und gesunder Ernährung oder grundlegenden Gesundheitsdienstleistungen. Soziales und biologisches Geschlecht, Alter, Hautfarbe oder ethnische Zugehörigkeit sowie andere soziale Faktoren spielen bei Zugang, Verteilung und Macht eine wichtige Rolle. Ein patriarchales System gesteht Frauen wenig Macht in der Entscheidungsfindung zu. Die Rechte von Kindern und zukünftigen Generationen werden missachtet, und niemand macht sich Gedanken darum, wie sich die Entscheidungen von heute auf ihre Zukunft und Existenzgrundlagen auswirken werden.

Während die «planetarischen Grenzen» die natürlichen Schranken der Erde bestimmen, definieren die Menschenrechte grundlegende soziale und ökonomische Mindestanforderungen. Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt: «Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitmung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.» Dazu haben sich Regierungen verpflichtet, und dafür sind sie rechenschaftspflichtig. Wirtschaftssysteme, Lebensstile, Konsummuster und Kulturen dürfen diese gemeinsamen Ziele nicht aushöhlen.

Obwohl – global gesehen – die Unterschiede zwischen Ländern hinsichtlich des durchschnittlichen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts leicht zurückgehen, verschärft sich die Ungleichheit innerhalb einzelner Länder. Mit Ausnahme von Lateinamerika entwickelt sich der Gini-Koeffizient, der die Einkommensverteilung innerhalb von Gesellschaften misst, auf der ganzen Welt negativ. Die Kluft zwischen Reich und Arm wird nicht nur tiefer, sondern auch komplexer. Eine kleine, allerdings wachsende globale Elite konsumiert weit mehr als ihren fairen Anteil. Die globale Mittelschicht (für die es keine allgemein anerkannte Definition gibt) wächst in absoluten Zahlen, aber ihr Anteil an der Weltbevölkerung erhöht sich nur leicht. Die meisten afrikanischen Länder – Regionen mit bedeutendem Bevölkerungszuwachs – werden an diesem Trend kaum beteiligt. Eines ist klar: Das gegenwärtige ökonomische Modell lässt Millionen und Abermillionen von Menschen im Stich und verletzt ihre Menschenrechte, um den Forderungen der wachsenden städtischen Mittelschichten nachzukommen. Das Recht auf Entwicklung ist in einem System, das Tag für Tag Ungleichheiten und Umweltzerstörung reproduziert, schwierig zu verteidigen. Dies kann nur gelingen, indem Entwicklungspfade, Produktionsmuster, Existenzgrundlagen und globale Solidarität neu definiert werden.

c) Mangel an echter Demokratie: ungleicher Einfluss lauter und leiser Stimmen und fehlende Rechtssicherheit

Politische Umwälzungen in verschiedenen Ländern in der ganzen Welt transformieren politische Systeme. In manchen Fällen führt dies zu mehr Rechten und zu mehr Beteiligung an der demokratischen Entscheidungsfindung, doch in vielen anderen schrumpfen solche neuen Spielräume rasch wieder. In den letzten Jahren sind in mehreren Ländern Gesetze geändert worden, um zivilgesellschaftliches Engagement zu erschweren. Aber häufig werden Bürgerrechte auch dort verletzt, wo sie zumindest per Gesetz existieren. Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft, Umweltaktivistinnen und -aktivisten, Fürsprecherinnen und Fürsprecher von Frauenrechten sowie Führungspersonlichkeiten lokaler Gemeinschaften werden verfolgt, bedroht und manchmal getötet – trotz der Tatsache, dass ihre Regierungen sich zur Einhaltung internationaler Abkommen verpflichtet haben und nationale Gesetze zur Umsetzung derselben bestehen.

Ökosysteme und Wissenssysteme, die weder in privatem noch in öffentlichem Besitz sind und daher von der Marktwirtschaft nicht vereinnahmt und kontrolliert werden, laufen Gefahr, von deren Marktlogik entweder ausgelöscht oder eingeehgt zu werden. Commons (Gemeingüter) – das ist nicht nur ein Gegenstand oder eine gemeinsam genutzte Ressource, das sind auch die sozialen Interaktionen, Regeln und Institutionen, die ihre Nutzung und Verteilung nachhaltig und gerecht steuern – diese Commons sind starkem Druck ausgesetzt. Dadurch werden die Existenzgrundlagen der Menschen untergraben, die von Commons abhängig sind und sie schützen.

Des Weiteren wird immer mehr Macht in den Händen weniger Menschen und Konzerne konzentriert. Dies gilt besonders für den Bergbau, den Öl- und Gassektor und die Landwirtschaft, aber auch für den Finanzsektor und die ressourcenabhängigen Wirtschaftszweige, etwa Chemie, Verkehr oder Kommunikation, um nur einige wenige zu nennen. Mit der wirtschaftlichen und finanziellen Macht geht politische Macht einher – und häufig auch Korruption. Angesichts dieser Situation wird jeder Widerstand und jede positive Veränderung zu einer extremen Herausforderung. Der Wettlauf um die Kontrolle über natürliche Ressourcen nimmt an Tempo zu, und die politischen und wirtschaftlichen Eliten sind wenig geneigt, auf Macht und Profit zu verzichten.

3 Warum ist es bislang nicht gelungen, diese Trends zu stoppen?

Sämtliche verfügbaren Daten und Fakten zeigen, was falsch läuft und warum die globale Gesellschaft einen Kurswechsel vollziehen muss. Vom Millennium Ecosystem Assessment aus dem Jahre 2005 über die Sachstandsberichte des Weltklimarates (IPCC) und den Weltagrarbericht (IAASTD) bis hin zu den Berichten des International Resource Panel, vom FAO-Bericht über den Stand der Ernährungsunsicherheit in der Welt bis hin zum IFAD-Statusbericht über ländliche Armut – die wissenschaftliche Forschung ist solide und umfassend. Man kann auf Auswirkungen des Klimawandels, auf Bodendegradation, Verluste an Biodiversität, Mangel an Wasserqualität, soziale Ungleichheit und schlechte Governance hinweisen – für manche Gesellschaften sind sogar die ökonomischen Kosten dieser Probleme berechnet worden, auch die Kosten politischer Untätigkeit.

Doch die Kluft zwischen Wissen und Handeln ist enorm. Obwohl das kritische Bewusstsein insgesamt in manchen Teilen der Gesellschaft gestiegen sein mag, wird der Trend nicht gestoppt. Dies ist offensichtlich nicht das Ergebnis eines Mangels an Wissen über die negativen sozialen und Umweltauswirkungen. Es ist vielmehr das Resultat von Kapitalinteressen, von tief verwurzelten nicht nachhaltigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhaltensweisen sowie eines Mangels an politischem Willen.

«Obwohl es mehr Wissen über globale Interdependenzen und planetarische Grenzen gibt als je zuvor, rüttelt dies die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Einzelpersonen nicht auf. Die politischen Kreise zeigen hinsichtlich der Ressourcenpolitik einen erstaunlichen Mangel sowohl an Willen als auch an Macht, soziale und ökologische Belange zu schützen – sowohl national als auch international.»

Cathrin Klénck und Lennart Kümper-Schlake
Delegierte der Zukunftswerkstatt Deutschland

Es gibt mehrere zentrale Ursachen für das Versagen des Systems, die auf den destruktiven Weg geführt haben und dafür sorgen, dass die oben identifizierten Probleme nicht gelöst werden können. Sie müssen aber angepackt werden, um neue politische Visionen, Allianzen und Lösungen hervorzubringen. Dieses





Memorandum schlägt vor, erstens, den tief verwurzelten Glauben an liberale Märkte und Wachstum und, zweitens, die Konzentration von Macht als zwei miteinander verzahnte zentrale Ursachen der gegenwärtigen Krisen zu betrachten. Diese beiden Ursachen gewinnen ihre Form in der Struktur der heutigen ökonomischen Governance.

a) Tief verwurzelter Glaube an liberale Märkte und Wachstum

Im derzeitigen Finanzkapitalismus gibt es einen tief verwurzelten Glauben an die Wirksamkeit und die Effizienz von Märkten zur Regulierung des wirtschaftlichen Austauschs zwischen Individuen und Nationen und an das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, den dominierenden Indikator wirtschaftlicher und politischer Leistungsfähigkeit. Dieser Glaube schafft institutionelle und mentale Infrastrukturen, die neue Instrumente für die Finanzialisierung der Natur hervorbringen und die Einhegung der verbleibenden Commons vorantreiben. Daraus entsteht ein forcierter Raubbau an den letzten Ressourcen.

Menschen tauschen Waren und Dienstleistungen aus, und Märkte sind eine von mehreren Möglichkeiten, um diesen Austausch zu organisieren. Sie geben wenig Anlass zur Kritik, solange sie soziale und ökologische Normen respektieren, der Mehrheit der Teilnehmenden dienen und andere Formen des Austauschs und der sozialen Interaktion – etwa ein commons-basiertes Wirtschaftsregime – nicht unterminieren. Dieses Ideal ist von der Realität der globalen Märkte jedoch weit entfernt. Märkte, die nur nach Wachstum und Profit streben, dienen nicht den Bedürfnissen der Gesellschaft, sondern denen immer mächtigerer und oligopolistischer privater Interessen.

Ein großes Problem ist, dass die moderne kapitalistische Wirtschaft strukturell auf das Wirtschaftswachstum angewiesen ist, um ihre Stabilität zu erhalten. Wenn das Wachstum stockt, geraten Politikerinnen und Politiker in Panik. Die naheliegende Antwort scheint dann stets zu sein, Waren- und Arbeitsmärkte zu deregulieren sowie soziale und Umweltnormen zurückzuschrauben, um neue Investitionen und neues Wachstum zu stimulieren. Wer unkonventionelle Ansichten jenseits von Wachstum und Marktorientierung vertritt, wird in der Debatte leicht an den Rand gedrängt. Es gibt nur sehr begrenzte Bemühungen, eine kritische akademische Elite auszubilden, die in der Lage wäre, das Mantra des Marktes zu hinterfragen.

Es ist erstaunlich, in welchem Ausmaß der tief verwurzelte Glaube an liberale Märkte und Wirtschaftswachstum in großen Teilen der westlichen Gesellschaften und bei ihren Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern immer noch unangetastet bleibt. Dabei haben mehrere dieser Länder die schwerwiegenden Konsequenzen von Marktversagen erlebt – sowohl in ihren eigenen Gesellschaften als auch in dem zunehmenden Wohlstandsgefälle zu den Nachbarländern.

Der Glaube an Märkte geht Hand in Hand mit dem Glauben an das Wirtschaftswachstum. Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird als notwendige Voraussetzung für Fortschritt definiert. Gemeinsam mit der Beschäftigungsquote gilt es als

Erfolgsindikator politischer Entscheidungen. Die Formen einer Ökonomisierung der Politik, die Erfolg an dieser Definition von Fortschritt misst, unterscheiden sich von System zu System, ignorieren aber allesamt die planetarischen Grenzen, angemessene normative Werte und die Notwendigkeit globaler Lösungen und demokratischen Vorgehens. In manchen Fällen, beispielsweise in Afrika, kann dies die Form von Größenwahn annehmen, wenn auf Mega-Infrastrukturprojekte für «Entwicklung» gesetzt wird, ohne über mögliche dezentralisierte, kleinere, nachhaltige Alternativen nachzudenken.

Dies bedeutet keineswegs, dass gewisse Volkswirtschaften oder Teile von Volkswirtschaften nicht wachsen sollen. Wirtschaftswachstum wird weiterhin notwendig sein, um Menschen in vielen Ländern der Welt aus der Armut zu befreien. Es wird jedoch für einige Gesellschaften eine vollkommen andere Art von Wachstum sein müssen und für andere wiederum das Ende eines von Wachstum bestimmten Entwicklungsmodells – nämlich stets unter Berücksichtigung der natürlichen Grenzen des Planeten.

Wachstum ist nicht nur ein Konzept für nationale Volkswirtschaften, es ist auch integraler Bestandteil des Lebens der meisten Menschen. Konkurrenz verdirbt Freundschaften, Zeitdruck unterminiert das soziale und das Familienleben, Stress und Burnout sind Synonyme für die Krankheit eines Systems, das Wettbewerb und Leistung erzwingt.

Seit Mitte der 1970er Jahre zeigte die Marktwirtschaft Anzeichen dafür, dass die Grenzen der Kapitalakkumulation erreicht sind. Die Lösung war der Finanzkapitalismus, der schließlich zur Krise von 2008 führte. Auf der Suche nach neuen Formen von Kapitalanlagen nehmen Investoren die Dienstleistungen der Natur als neuen Markt wahr. Infolgedessen lässt sich ein Trend zur Finanzialisierung der Natur beobachten.

Das Streben nach direkten Regulierungsmaßnahmen, etwa harte Obergrenzen für CO₂-Emissionen und strengere Umwelt- und Sozialstandards, um den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu senken und Arbeitskräfte zu schützen, scheinen aus der Mode gekommen zu sein, da in krisengeschüttelten Volkswirtschaften die Sorge herrscht, dass solche direkte Regulierung Investitionen und Handel beeinträchtigen würden. Und da die alten Methoden an Glaubwürdigkeit verloren haben, treiben einige Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Ökonominen und Ökonomen sowie internationale Institutionen wie das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die Weltbank jetzt einen neuen Ansatz voran, der auf der Ansicht beruht, dass die Natur «Ökosystemdienstleistungen» bereitstellt. Die Verantwortung für den Erhalt dieser Leistungen wird den Unternehmen zugeschoben.

In diesem neuen Paradigma wird Naturschutz sowohl als Notwendigkeit als auch als neues Geschäftsfeld betrachtet. Der TEEB-Bericht (The Economics of Ecosystems and Biodiversity) wirft z.B. ein Schlaglicht auf die ökonomischen Auswirkungen der Umweltdegradation. Der Hauptautor Pavan Sukhdev sagt: «Wir benutzen die Natur, weil sie wertvoll ist, aber wir verlieren sie, weil sie kostenlos zur Verfügung steht.»

«Eine der wichtigsten Hindernisse ist die zentrale Stellung, die der Markt in den letzten Jahrzehnten in unseren Gesellschaften erlangt hat. Der Markt fungiert als vorrangige Instanz des gesellschaftlichen Ausgleichs und hat unseren Mittelschichten Zugang zum Massenkonsum eröffnet, den Druck auf unsere natürlichen Ressourcen verstärkt und einen weit verbreiteten Individualismus begünstigt, was zum Verlust althergebrachter Verbundenheiten zwischen verschiedenen sozialen Gruppen geführt hat.»

Malik Fercovic, Recaredo Alberto Gálvez Carrasco, María Cecilia Reeves,
Betzabet Morero, Ana Di Pangraccio, Maiana Teixeira und Cintia Barenho
Delegierte der Zukunftswerkstatt Cono Sur

Die Gefahr dieser Sichtweise liegt darin, dass das wichtige Verursacherprinzip («polluter pays principle») seinen ursprünglichen Sinn verliert und stattdessen zu einer Privatisierung und Einhegung von Commons sowie zu einer Finanzialisierung der Natur führen könnte. Eine solche Umwandlung der Natur in handelbare Güter ermöglicht «Business as usual» («Weiter wie bisher»), indem Fehlverhalten an der einen Stelle durch Maßnahmen an einer anderen ausgeglichen wird. Doch wer entscheidet über den Wert der Natur? Bei einer solchen Monetarisierung der Natur neigen Konzerne dazu, die rechtlich erlaubte Zerstörung in vollem Umfang auszuweiten anstatt sie zu reduzieren. Indem es dieser Ansatz den Wohlhabenden erlaubt, sich von ihren Verpflichtungen «freizukaufen», unterminiert er tatsächlich nicht nur effektive Gesetzgebung, sondern das demokratische System an sich.

Die Natur hat keinen wahren Preis, sondern vielmehr einen politisch definierten Wert – und dieser erfordert eine gesellschaftliche Debatte. Gesellschaften mit schwacher Rechtsstaatlichkeit und großen wirtschaftlichen Ungleichgewichten werden wahrscheinlich im Kontext solcher Debatten zu unfairen Lösungen kommen. Beispielsweise ist es der mächtigen Agrarlobby in Brasilien gelungen, die Regierung dazu zu bringen, ein neues Waldgesetz zu verabschieden. Es setzt marktwirtschaftliche Instrumente ein, um Agrarproduzentinnen und Agrarproduzenten mehr Spielraum beim Naturschutz zu geben. Im Ergebnis können Landbesitzerinnen und Landbesitzer, die mehr Bäume als rechtlich erlaubt abgeholzt haben, jetzt – anstatt den illegal abgeholzten Wald wiederaufzuforsten – folgendermaßen ihren Verpflichtungen nachkommen: Sie erwerben Kompensationszertifikate an der Grünen Börse (Bolsa Verde) in Rio de Janeiro. Dort bieten diejenigen, die mehr als die vorgeschriebene Mindestmenge an Waldbedeckung haben, ihren «Überschuss» an geschütztem Land an.

Angesichts dieser mentalen und kulturellen Infrastruktur ist es schwierig, den Wettlauf um die letzten Ressourcen – Teersande, Schiefergas, Tiefseemineralien, marginale landwirtschaftliche Flächen, die Rohstoffe der Arktis – zu stoppen.

b) Konzentration von Macht

Große Unternehmen (private oder im öffentlichen Besitz befindliche) sind gleichzeitig in verschiedenen Wirtschaftssektoren tätig und verdienen eine enorme Menge Geld, indem sie das gegenwärtige Ausbeutungsmodell unverändert bewahren. Diese Unternehmen werden zu groß und zu mächtig, um regiert werden zu können. Tatsächlich sind sie wie manche internationale Bank «too big to fail» («zu groß, um sie scheitern zu lassen») – und deswegen meist auch zu groß für jegliche rechtsstaatliche Kontrolle («too big to jail», also «zu groß, um sie ins Gefängnis zu stecken»).

Die althergebrachte Überzeugung, dass Märkte reguliert und Monopole verhindert werden sollten, um die Bürgerrechte des und der Einzelnen zu wahren und die wirtschaftliche Macht zu kontrollieren, wurde bereits in den 1980er Jahren in den USA, aber auch andernorts, um der Effizienz willen abgeschwächt. Den Menschen wurde gesagt, dass größere Konzerne in der Lage sein würden, Konsumentinnen und Konsumenten Waren besserer Qualität zu niedrigeren Preisen (d.h. effizienter) zu liefern. Dies hat sich nicht nur als falsch herausgestellt (die Preise stiegen, das Tempo der Innovation sank, und Arbeitsplätze gingen verloren) und die Globalisierung vorangetrieben. Es markierte auch den Beginn eines neuen Verständnisses der Zielsetzung des Kartellrechts: niedrigere Preise für Konsumentinnen und Konsumenten anstatt Kontrolle über Macht. Die negativen Auswirkungen auf soziale Gerechtigkeit und Demokratie waren enorm und sind noch heute zu spüren.

Die Folgen der Konzentration wirtschaftlicher Macht für die Demokratie sind vielfältig. Ein großes Problem ist das Fehlen einer klaren Trennung zwischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern in der Politik auf der einen und der Wirtschaft auf der anderen Seite. Weit verbreitet ist die mangelnde Transparenz hinsichtlich Art und Ausmaß der Berufstätigkeit, der politische Entscheidungsträgerinnen und -träger in privaten oder staatlichen Unternehmen nachgehen. Diese Geheimhaltung schafft nicht nur Möglichkeiten für Bestechung und Korruption, sondern manchmal auch Interessenkonflikte: Dort, wo Politikerinnen und Politiker Positionen in der Industrie bekleiden, ist es oftmals schwierig, den Gründen für gewisse Entscheidungen auf die Spur zu kommen.

Dieses Problem potenziert sich, wenn große Unternehmen ganz oder teilweise in staatlichem Besitz sind (z.B. BP, Saudi Aramco, Vattenfall, Gazprom) oder wenn Regierungen und ihre Vertreterinnen und Vertreter einfach den Reichtum, der ihrer Bevölkerung gehört, für ihr eigenes Konto plündern. Einige Regierungen, die vom Abbau und Handel mit natürlichen Ressourcen stark abhängig sind, geben diese Einnahmen auch für öffentliche Infrastruktur, Sozialprogramme und Bildung aus (z.B. Argentinien, Venezuela, Bolivien, Ecuador). Damit schwächen oder unterdrücken die Regierungen soziale Unruhen und Proteste gegen die ökologischen und sozialen Konsequenzen des Abbaus.

«Obwohl die natürlichen Ressourcen in der Umgebung dieser Gemeinschaften typischerweise deren wichtigsten ökonomischen Vermögenswerte sind, haben sie häufig nur begrenzte Nutzungsrechte daran. Dort, wo sie Eigentumsrechte oder sicheren Zugang erlangt haben, bereiten ihnen zuweilen ungenügende öffentliche Investitionen oder eine unangemessene Politik Schwierigkeiten, aber auch der Wettbewerb durch Konzerne, die nicht durch Regulierungen gehindert werden. Regierungs- und andere mächtige Interessen behaupten oft, sie besäßen die ausschließliche Verfügung über diese Ressourcen und ihre Leistungen. Korruption und Missmanagement sind seit langer Zeit bestehende Probleme, und weiträumiger Flächenerwerb für landwirtschaftliche Zwecke durch ausländische Investoren werden jetzt häufiger.»

Dinma Nwanye

Delegierte der Zukunftswerkstatt Nigeria

Ein weiteres Problem ist das häufig kurzfristige Interesse von Regierungen, Entscheidungen zugunsten großer Unternehmen zu fällen und dies damit zu begründen, Arbeitsplätze und einen dazugehörigen Wohlstand schaffen zu wollen. Aspekte der globalen und der Generationengerechtigkeit einschließlich der Menschenrechte zahlen sich aus einer kurzfristig angelegten politischen Perspektive nicht aus.

Ein neuer Bereich unter vielen, in dem die destruktiven und gefährlichen Konsequenzen dieser Konzentration wirtschaftlicher Macht zu beobachten ist, ist die «Bioökonomie». Dabei geht es um die Vision, Volkswirtschaften auf nachhaltige Art und Weise zu verändern, indem fossile Energieträger durch erneuerbare Ressourcen ersetzt werden. Dies findet derzeit überwiegend im Arzneimittel- und Chemiesektor statt, aber kleinere Trends sind auch in den Sektoren Energie und Verkehr zu beobachten. Diese neue Nachfrage macht die industrielle Landwirtschaft in hohem Maße profitabel. Die Nutzung von Land und Wasser, aber auch der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden steigt drastisch an.

Der gefährlichste Aspekt der Bioökonomiedebatte ist, dass sie vortäuscht, dass alles wie gewohnt weitergehen kann - lediglich die grundlegenden Ressourcen müssen ersetzt werden. Global betrachtet handelt es sich um eine Handvoll sehr mächtiger Konzerne (zum Beispiel BASF, Bayer, Dow, DuPont, Syngenta, Monsanto), die die Bioökonomie-Agenda vorantreiben, etwa indem sie kleine Start-up-Unternehmen aufkaufen. Dabei versuchen sie, die Verfügungsgewalt und Kontrolle über diejenigen Ressourcen (Biomasse, Land, genetische Ressourcen) und Technologien (synthetische Biologie, Nanotechnologie, Geo-Engineering) zu erlangen, die für die industrielle Produktion in der Zukunft benötigt werden.

«Natürliche Ressourcen gehören jeder Kambodschanerin und jedem Kambodschaner, und jeder und jede von uns hat das Recht zu wissen, wieviel die Regierung einnimmt und wieviel die Regierung bezahlt. Die Regierung muss unsere Sorgen und Vorschläge kennen, um natürliche Ressourcen im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger zu bewirtschaften.»

Chan Ramy

Delegierte der Zukunftswerkstatt Südostasien und China

c) (All)Mächtige ökonomische Governance: wenn sich Markt- und Wachstumsglaube mit Konzerninteressen verbinden

Das internationale Handels- und Investitionsrecht schützt große Investoren, jedoch nicht die Rechte der Menschen oder der Umwelt. Das «andere» globale Regime, das der Menschenrechte und des internationalen Umweltrechts unter dem Mandat der Vereinten Nationen, wird als «Soft Law» behandelt. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten haben die Strukturen der ökonomischen Governance vereinnahmt, um ein weltweites Übereinkommen zu bewahren, das auf die weitere Ausbeutung von und den Handel mit Ressourcen setzt – den «commodity consensus».

Während die Wirksamkeit der meisten «weichen» multilateralen Governance-Systeme extrem begrenzt ist, sind internationale Vereinbarungen über Handel und Investitionen in hohem Maße verbindlich. Die WTO hat das Mandat, Mitgliedstaaten zu bestrafen, wenn sie gegen ihre Regeln verstoßen. Weder das Menschenrechtsregime der UN noch die Klima-, oder Biodiversitätskonvention können ihre Regeln in dieser Form verbindlich einfordern. Hinzu kommt, dass viele Länder bilaterale Handelsabkommen abschließen, die den WTO-Regelungen weitere Verbindlichkeiten hinzufügen. Da es in der Natur von Freihandelsabkommen liegt, jegliche Handelsbarrieren zu senken, hat dies weitreichende Konsequenzen für verschiedene Politikfelder auf der nationalen Ebene. Gegenwärtig überwacht oder evaluiert kein Mechanismus die Entwicklungen, die aus den Freihandels- und Investitionsschutzabkommen hervorgehen und eine Gefährdung von Menschenrechten, Umweltgerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit in einem Land oder einer Region darstellen könnten. Außerdem gibt es sehr wenige Möglichkeiten für Individuen und Gemeinschaften, ihre Rechte an Ressourcen und Territorien, am Land ihrer Vorfahren und an ihrem Wissen um den Umgang mit genetischen Ressourcen vor Gericht zu behaupten.

«Da die Ressourcenfrage ein Mehrebenenproblem ist und verschiedene Gruppen von Menschen unterschiedlich betrifft, ist es möglich, dass dieser Ansatz die Themen, die für die Ärmsten wichtig sind, automatisch ausschließt.»

Chol Bunnag und Naw Ei Ei Min

Delegierte der Zukunftswerkstatt Südostasien und China

Die Gegebenheiten werden weiter durch den «Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat» kompliziert, eine Vorschrift in manchen bilateralen Handels- und Investitionsabkommen. Er billigt einem Investor das Recht zu, ein Schiedsverfahren gegen die Regierung eines Staates einzuleiten, wenn die politische Situation sich in einer Art und Weise ändert, dass sie die erwarteten Profite des Investors schmälert. Man kann sich vorstellen, dass Änderungen in der Umwelt-, Tierschutz- oder Gesundheitsgesetzgebung in den betreffenden Geltungsbereich fallen. Daher behindern solche Ansprüche die Möglichkeiten von Regierungen, Gesetze zur öffentlichen Gesundheit und zum Umweltschutz zu verabschieden, die Auswirkungen auf eine Investition haben, die rechtskräftig genehmigt worden ist. Überdies werden Schiedsverhandlungen häufig im Geheimen abgehalten, und zwar von auf Handel spezialisierten Anwältinnen und Anwälten. Sie sind nicht neutral, weil sie von den streitenden Parteien bezahlt werden und vor der Öffentlichkeit keine Rechenschaft ablegen müssen. Es handelt sich um ein Instrument, das offensichtlich den Interessen großer Konzerne dient und nicht denen von kleinen und mittleren Unternehmen oder Familienbetrieben.

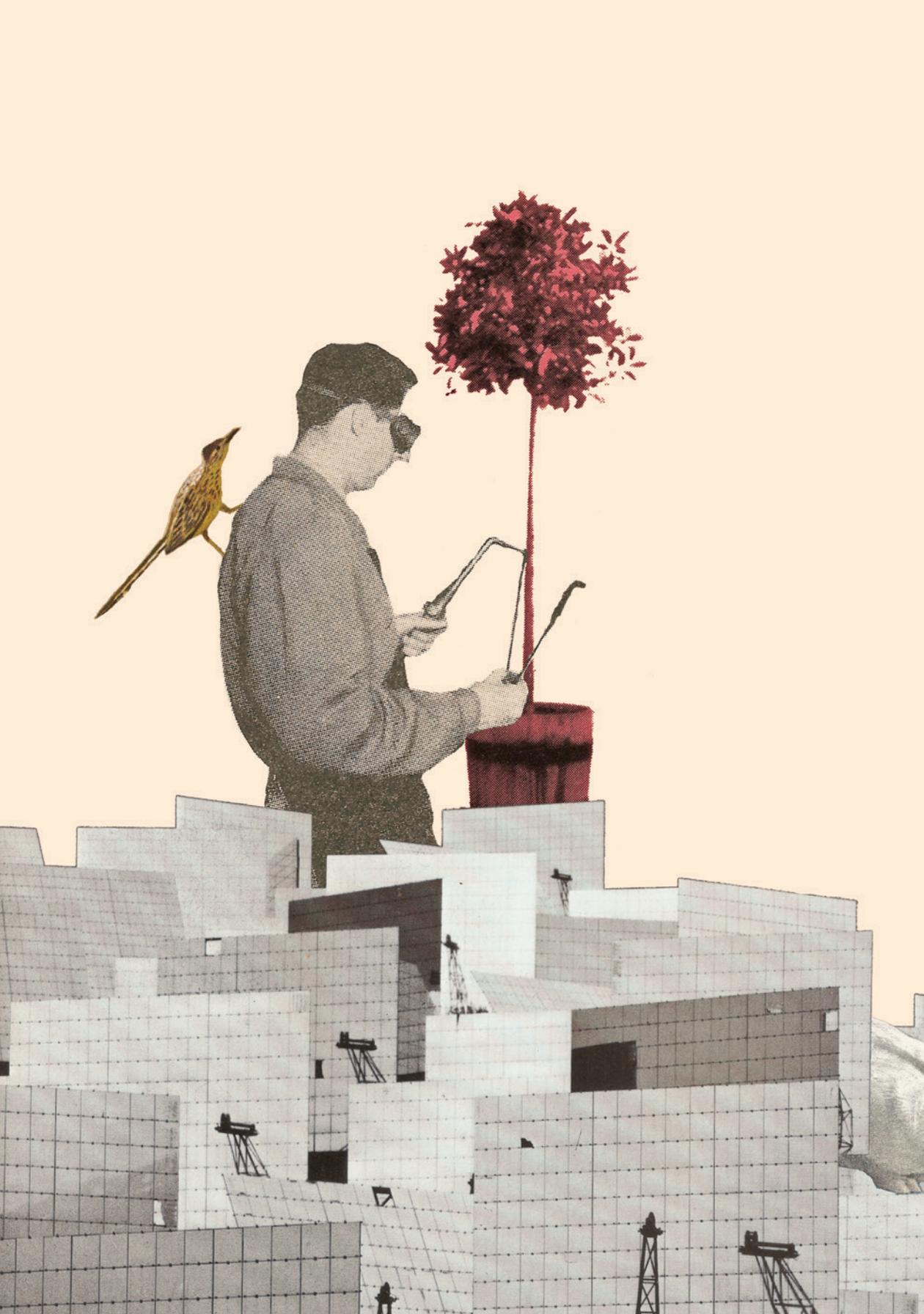
Heute hoffen nur noch wenige Menschen überhaupt, dass Konventionen der Vereinten Nationen, etwa die Klimarahmenkonvention (UNFCCC), das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (UNCBD) und das Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) dazu führen können, die Erderwärmung, den Verlust an Biodiversität und den Raubbau an landwirtschaftlich nutzbarem Boden und Wasser zu verhindern. Die Vereinten Nationen sind die Summe ihrer Mitglieder; es ist verstörend und alarmierend festzustellen, dass es heute vermutlich nicht mehr gelingen würde, alle Regierungen dazu zu bringen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 zu unterzeichnen.

Während der Fortschritt bei globalen und multilateralen Regeln für die Verbesserung der Menschenrechte und des Umweltrechts stockt, etablieren private und öffentliche Global Player ein Governance-Regime in Form öffentlich-privater Partnerschaften, die von Klubs wie der G20 oder BRICS gefördert werden. Beide Klubs kooperieren eng mit großen Konzernen (die sich beispielsweise als B20 im Kontext der G20-Gipfelprozesse organisieren). Weitere Partner sind private Investitionsbanken oder multilaterale Entwicklungsbanken, etwa die des International Development Finance Clubs (IDFC).

«Die meisten Länder in der Region [Südliches Afrika] verfügen über Politiken und Gesetzgebungen, die die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen steuern, doch es ist schmerzhaft festzustellen, dass diese Politiken entweder veraltet sind und Schlupflöcher haben, die die Korruption befördern, oder stark sind und nicht befolgt werden.»

Edfas Mkandawire, Euan Hope, Tafadzwa Kuvheya und Zukiswa Kota
Delegierte der Zukunftswerkstatt Südliches Afrika

Die G20 erscheint zunächst inklusiver als die G7/8. Und es ist durchaus vorstellbar, dass die BRICS-Staaten eine entwicklungsfreundlichere Agenda verfolgen könnten als die alten Industriemächte. Doch diese Klubs vereinen einzelne Mitgliedstaaten mit sehr unterschiedlichen (geo)politischen Interessen. Sie weisen auch große Disparitäten hinsichtlich ökonomischer und politischer Macht auf. Allerdings stimmen die Mitglieder dieser plurilateralen Klubs darin überein, dass sie noch nicht bereit sind, dem gegenwärtigen Griff nach Ressourcen Grenzen zu setzen. Ganz im Gegenteil: Auf ihrer Suche nach Ressourcensicherheit unterminieren sie Menschenrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards, die im multilateralen System der Vereinten Nationen vereinbart worden sind. Diese Erkenntnis sollte nicht überraschen, denn politische und wirtschaftliche Eliten sind sich rund um die Welt über eine Sache einig: den Abbau, die Nutzung und den Handel mit Ressourcen fortzusetzen, um Profit und Wachstum zu erzielen. Der Einflussbereich dieses «commodity consensus» ist global.





4 Ein normativer Rahmen für faire und nachhaltige Ressourcenpolitik

Ressourcenpolitik befasst sich mit der Frage, wer die Natur auf welche Art und Weise kontrolliert und nutzt. Die Antworten sind komplex und voller Widersprüche. Institutionelle Strukturen, Macht, Wissen, Raum und Zeit sind wichtige zugrundeliegende Faktoren. Ebenso wichtig sind menschliches Handeln (mit durchaus widerstreitenden Perspektiven) und die Interaktionen zwischen politischen Gruppen sowie Akteurinnen und Akteuren, deren Strategien miteinander im Wettbewerb stehen. Drei fundamentale Prinzipien können gemeinsam dazu beitragen, Ressourcengerechtigkeit zu fördern:

Ökologische Gerechtigkeit: Es existieren heute schon ökologische Kippunkte durch starke Umweltbelastung, die unser Planet soeben noch vertragen kann, bevor das Wohlergehen der Menschheit ernsthaft gefährdet wird. Diese Grenzen müssen auf allen Ebenen (von lokal bis hin zu global) in ihrer Vernetzung respektiert werden, um den Reichtum und die Widerstandsfähigkeit von Ökosystemen für heutige und zukünftige Generationen zu erhalten.

Soziale Gerechtigkeit: Menschen sind für ihr Überleben auf die Natur, die Biodiversität und die Reproduktionsfähigkeit der Natur angewiesen. Wenn Menschenrechte geschützt und die grundlegenden Bedürfnisse und das Wohlergehen eines jeden Menschen gewährleistet werden sollen, ist eine deutlich andere Verteilung des Zugangs zu, der Kontrolle über und der Nutzung von Ressourcen notwendig, und zwar zwischen Ländern und Menschen, Altersgruppen, sozialen und biologischen Geschlechtern, Generationen etc. Die gerechte Form, Wasser, Wälder, Wissen, Saatgut oder Informationen zu nutzen – um nur wenige Beispiele zu nennen – besteht darin, dass eine einzelne Person das Nutzungspotenzial anderer Menschen nicht einschränkt oder gar die verfügbaren Ressourcen selbst verringert. Dies bedeutet faire Nutzung von allem, was nicht nur einer einzigen Person gehört. Es geht darum, das Prinzip «one person – one share» zu achten, insbesondere mit Blick auf die globalen Commons. Dies zu erreichen erfordert Vertrauen und starke soziale Beziehungen innerhalb von Gemeinschaften sowie zwischen Einzelpersonen.

Demokratie: Jeder Mensch, der von einer bestimmten Entscheidung betroffen ist oder potenziell davon betroffen sein wird, muss am Prozess der Entscheidungsfindung beteiligt sein. Soziales und biologisches Geschlecht, Alter, Hautfarbe, Klasse, Herkunft, sexuelle Orientierung, körperliche und geistige Fähigkeiten bzw. Behinderungen dürfen nicht darüber bestimmen, ob wir über Entscheidungsmacht verfügen. Jedoch besteht Demokratie nicht nur aus einem Bündel nützlicher Beteiligungsinstrumente und -verfahren. Echte Demokratie setzt viel höhere Maßstäbe und beinhaltet die vollständige Verwirklichung der Rechte von Menschen und Völkern (einschließlich ihrer materiellen Basis) sowie Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit.

Diese drei Prinzipien sind eng verzahnt und beeinflussen sich gegenseitig. In der Praxis ist die tatsächliche Achtung aller drei Prinzipien der Ressourcengerechtigkeit eine große Herausforderung. Zum Beispiel führt umfassende Partizipation auf lokaler Ebene nicht notwendigerweise zu Entscheidungen, die die globalen planetarischen Grenzen achten. Und Partizipation allein – wenn sie innerhalb höchst ungleicher Machtverhältnisse durchgeführt wird – reicht niemals aus. Hier wird stattdessen vorgeschlagen, diese drei Prinzipien auf der Suche nach Lösungen zu berücksichtigen und auf jeder Ebene der Entscheidungsfindung einen politischen Rahmen zu setzen, der dieses Verfahren ermöglicht.

Es gibt eine unendliche Zahl von Visionen für eine bessere Zukunft. Sie klar und detailliert darzulegen ist allerdings eine Herausforderung. Wenn sie erst einmal schwarz auf weiß vorliegen, werden sie stets angreifbar sein, weil sie niemals vollständig sein können. Manchmal kann es jedoch hilfreich sein, ein bisschen zu träumen. Man stelle sich nur vor, dass die oben beschriebenen Prinzipien tatsächlich ernstgenommen würden – in was für einer Welt würden wir dann leben? Wie könnte eine von vielen möglichen Visionen der Zukunft aussehen?

Eine Botschaft aus der Zukunft: Willkommen beim Fair-Future-Forum 2044...

2044: Heute steht die Welt kurz davor, die Nutzung fossiler Energieträger (auch für den Einsatz als Kunstdünger) vollständig einzustellen. Die positiven Effekte sind bereits ohne große soziale Spannungen Realität geworden. In den letzten 25 Jahren sind keine neuen Kohle- oder Atomkraftwerke gebaut worden. Der starke Ausbau dezentraler Systeme für erneuerbare Energien, Trink- und Abwasser hat die Existenzgrundlagen armer Bevölkerungsgruppen in Stadt und Land rund um den Globus deutlich verbessert.

Die enorme Zahl erfolgreicher bi- und multilateraler fairer und nachhaltiger Rohstoffpartnerschaften hat den Boden für die UN-Ressourcenkonvention bereitet, die sich jetzt im zehnten Jahr ihrer Umsetzung befindet. Alle großen regionalen und globalen Territorial- und Ressourcenkonflikte sind friedlich beigelegt worden.

Kleine und mittlere ökologische Landwirtschaftsbetriebe in der ganzen Welt lösen das Menschenrecht auf Nahrung ein. Die Bienenpopulationen haben sich verdoppelt, weil Pestizide kaum noch eingesetzt werden. Landreformen, die auch die gemeinschaftliche Nutzung von Flächen zulassen, haben den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern Landrechte gesichert. Frauen und Männer haben gleichen Zugang zu den Produktionsfaktoren und teilen produktive wie reproduktive Arbeit über soziale und biologische Geschlechter sowie Altersgruppen hinweg gerecht auf. Nationale landwirtschaftliche Beratungsstellen bieten Bäuerinnen und Bauern Wissen an. Es kombiniert traditionelle Wirtschaftsweisen und ein ganzes Spektrum nichtpatentierten Saatguts mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Kompostmanagement, um die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten.

Aufgrund moderner Ernährungsberatung haben sich die Konsummuster der globalen Mittelschicht dramatisch verändert. Die meisten Menschen essen nur ein- oder zweimal pro Woche Fleisch, während sich fast die Hälfte der Bevölkerung Nordamerikas und Europas vegetarisch ernährt – und heute viel gesünder lebt. Die Zahl der von Menschen konsumierten Tiere ist an die Fläche gekoppelt, von der sie ernährt werden. Dies hat regionale und lokale Wirtschaftskreisläufe in allen Teilen der Welt gefördert und den Druck auf Grund und Boden abgeschwächt. Einen globalen Markt für Tierfutter gibt es nicht mehr. Außerdem haben moderne Verkehrs-, Bildungs- und kulturelle Infrastrukturen die Lebensqualität in vielen ländlichen Gebieten gesteigert.

Heutzutage bieten moderne Städte kostenlose öffentliche Verkehrsmittel für alle an. Dadurch wurde die absolute Zahl an Privatautos in Städten verglichen mit 2014 um 90 Prozent gesenkt. Der globale Konsens, eine abfallfreie Wirtschaftsweise mit geschlossenen Kreisläufen zu schaffen, hat die Wiederverwertung von Mineralien und Metallen stark ansteigen lassen. In den Megastädten der Welt entstanden so zahlreiche neue Arbeitsplätze im «Urban Mining» (dem städtischen Bergbau).

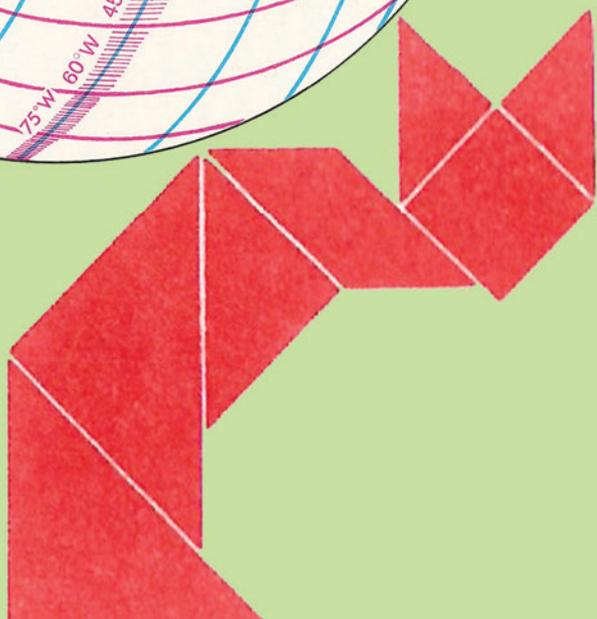
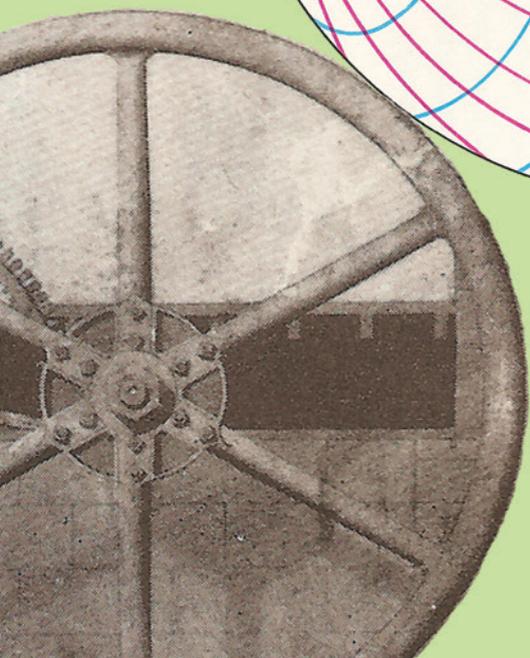
Süßwasser – das vor nicht allzu langer Zeit als eine unserer knappsten Ressourcen und als potenzielle Ursache für Konflikte und Kriege galt – ist heutzutage eine bedeutende Quelle der Kooperation zwischen Gemeinschaften im selben Wassereinzugsgebiet, auch über nationale Grenzen hinweg. Es fällt schwer, sich vorzustellen, dass unsere heute weitverbreitete Form von Wasserversorgungsunternehmen – teils öffentlich, teils Gemeingüter – früher absolute Ausnahmen darstellten.

Bereits im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts haben wir einen neuen Trend feststellen können: Die globale Entwaldung hat sich verlangsamt, bis sie 2025 den Nullpunkt erreichte. Heute dehnt sich die natürliche Waldfläche unseres Planeten wieder aus, und was noch wichtiger ist: Die Rechte der im Wald lebenden Völker sind gesichert. Monokulturen sind heute kaum mehr aufzufinden. Mehr als zehn Prozent aller Ökosysteme sind geschützt. Damit sind die ambitionierten Ziele des 1992 unterzeichneten UN-Übereinkommens

über die biologische Vielfalt übertroffen worden – und das Wettrennen um noch höhere Zielvorgaben läuft. Die neue Vielfalt lässt sich sogar in Städten in der ganzen Welt beobachten: Urban Gardening ist eine Massenbewegung, die die Industrielandschaften, -gesellschaften und -kulturen (um)gestaltet.

Das Internet hat alles mit allen verbunden. Eine neue Technologie-Infrastruktur hat die Kluft zwischen Konsumentinnen und Konsumenten auf der einen Seite und Produzentinnen und Produzenten auf der anderen überwunden. Prosumismus hat sich durchgesetzt und der Macht der Märkte Grenzen gesetzt. Peer-to-Peer-Netzwerke (als Kommunikation unter Gleichgestellten) bilden die tragende Säule eines stetig wachsenden gemeinnützigen Sektors. Der althergebrachte Kapitalismus ist in seinem Kern infrage gestellt. Pflege- und Betreuungsarbeit wird als das anerkannt, was es ist: eine Voraussetzung menschlicher Arbeitsfähigkeit.





5 Strategien für eine faire Zukunft

Viele gute Initiativen sind bereits angelaufen und müssen gestärkt werden. Eine neue Perspektive, die Demokratie, Ökologie und Menschenrechte untrennbar miteinander verknüpft, kann helfen, in einer tatsächlich transformativen Art und Weise Fortschritte zu erzielen und nicht im «Business as usual» und in schrittweisen Veränderungen steckenzubleiben. Die Kernprobleme können nicht mit dem Blick nur auf Teilbereiche gelöst werden. Machtverhältnisse auf allen gesellschaftlichen Ebenen müssen angegangen werden, um sich von der hegemonialen Vorstellung zu verabschieden, dass liberale Märkte menschlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen dienen. In diesem Kontext zielt die Ressourcenpolitik darauf ab, mehr Gerechtigkeit zu erreichen, wenn folgende Fragen beantwortet werden: Wer kontrolliert, wer besitzt, wer hat Zugang zur Natur, und wer entscheidet darüber? Eine wahrhaft transformierende Agenda erfordert einen fundamentalen Wandel der Ökonomie in Bezug auf Produktion, Konsum und Lebensstile, inklusive der gleichwertigen Anerkennung ihrer bisher nicht marktwirtschaftlich erfassten und ausgegrenzten Bereiche wie der Pflege- und Betreuungsarbeit («care economy»). Ressourcenpolitik kann helfen, die Wege dorthin zu gestalten.

Dieses Memorandum versucht nicht, ein globales Lösungskonzept anzubieten. Es zeigt lediglich eine neue und gemeinschaftliche Perspektive sowie einige mögliche Bereiche der Intervention auf. Das Memorandum konzentriert sich dabei auf die internationale Ebene. Jede Region wird feststellen müssen, welcher Ansatz am besten geeignet ist, ihre spezifischen Herausforderungen anzupacken, und welche Allianzen für den gewählten Ansatz erforderlich sind.

«Wir sind der Ansicht, dass es angemessener ist (sowohl konzeptionell als auch politisch), von «Territorium» zu sprechen anstatt von der grundlegend reduktionistischen Vorstellung von «Ressourcen». Das Territorium-Konzept ermöglicht es uns, die dynamischen Dimensionen (sozialer, geografischer, kultureller und ökonomischer Natur), die sich im lokalen Kontext zeigen, besser zu verstehen.»

Malik Fercovic, Recaredo Alberto Gálvez Carrasco, María Cecilia Reeves,
Betzabet Morero, Ana Di Pangraccio, Maiana Teixeira und Cintia Barenho
Delegierte der Zukunftswerkstatt Cono Sur

Die hier vorgeschlagene neue Perspektive ähnelt einem Geflecht oder einem komplexen System. In Lateinamerika läuft eine lebhaft Debatten über «Territorien» (Spanisch und Portugiesisch: «territorio»), die seitdem auch in anderen Regionen

und Sprachen aufgegriffen worden ist (Französisch: «territoire», Italienisch: «territorio»). Ein einheitlicher Begriff hat sich jedoch noch nicht überall durchgesetzt. Die Begriffe «community land» oder «ancestral land» in Afrika unterscheiden sich vom Begriff «Territorien». Der «Territorium»-Ansatz impliziert, dass jede Region aus komplexen Wechselwirkungen zwischen der Natur, den Menschen, den Interessen, den Machtverhältnissen und den Kulturen besteht, die ihrerseits stets von «externen» Akteurinnen und Akteuren sowie Interessen beeinflusst werden. Der Weltmarkt und geopolitische Beziehungen zwischen Staaten und Regionen sind ebenfalls Geflechte und komplexe Systeme, die von Konflikten, Kämpfen und Machtverhältnissen geprägt sind. Diese Konflikte interagieren mit den Territorien und beeinflussen sie. Nur wenn man dieses Geflecht aus dem Blickwinkel von Menschenrechten, Demokratie, Kultur und ökologischer Gerechtigkeit betrachtet, kann man mögliche Lösungen identifizieren, die sowohl nachhaltig als auch gerecht sind.

Ressourcenpolitik spielt sich auf allen politischen Ebenen ab – international, national, regional und lokal –, wo jeweils unterschiedliche strategische Herausforderungen zu meistern sind. In Anbetracht dessen zeigt dieses Memorandum drei fundamentale Wege nach vorn auf. Sie sind die Grundlage für eine ressourcenpolitische Strategie, die nach lokalen und regionalen Bedürfnissen und Umständen angepasst und umgesetzt werden muss. Da Konflikte und Machtstrukturen sich auf nationalen und lokalen Ebenen unterscheiden, kann dieses Memorandum nur eine allgemeine Perspektive für den internationalen Kontext aufzeigen.

Es versucht dennoch, Schlaglichter auf ein paar konkrete Handlungsoptionen für die internationale und globale Ebene zu werfen. Internationale Institutionen wie die Organe und Konventionen der Vereinten Nationen, die multilateralen Entwicklungsbanken oder plurilaterale Regierungsklubs könnten – im Gegensatz zu dem, was sie heute überwiegend tun – günstige Rahmenbedingungen schaffen, um die Natur und die Menschenrechte zu achten, indem sie die Demokratie schützen. Die Auswirkungen eines solchen internationalen Regimes würden dann den nationalen und lokalen Kontext inspirieren und anleiten. Eine Voraussetzung für diese Strategien ist, dass die unterschiedlichen Strukturen der Macht im Geflecht der Territorien auf allen Ebenen zunächst analysiert, verstanden und sichtbar gemacht werden müssen, um Lösungen zu entwickeln, die die bestehenden Machtstrukturen nicht zementieren, sondern verändern.

a) Den Rechten von Menschen und der Natur Vorrang vor Märkten und Profiten geben und Menschen befähigen, ihre Rechte zu behaupten und einzufordern

Die bestehenden rechtlichen Rahmen, besonders hinsichtlich Menschen- und Umweltrechten, sehen auf dem Papier häufig nicht schlecht aus. Das Nagoya-Protokoll über «Access and Benefit Sharing» (Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile), das Prinzip des «Free, Prior and Informed Consent» (FPIC, Freie, frühzeitige und informierte Zustimmung) für indigene Völker, Leitlinien für

Unternehmen zur Sorgfaltspflicht und Transparenzvorschriften sind gute Beispiele dafür, welche Fortschritte Zivilgesellschaft, Gemeinschaften und soziale Bewegungen nach jahrelangen Kämpfen in jüngerer Zeit erzielt haben. Das Problem ist, dass viele dieser Rechte (und Pflichten) für einen großen Teil der Weltbevölkerung nur auf dem Papier bestehen. Sie müssen gestärkt werden. Menschen müssen ihre Rechte kennen und brauchen Information. Dies würde sie in die Lage versetzen, wann und wo immer nötig ihre Rechte vor Gericht einzufordern. Wenn Menschen sich in vollem Umfang beteiligen, wenn ihre Stimme gehört und ihre Interessen anerkannt werden sollen, müssen sie wissen, was auf dem Spiel steht. Dazu gehören Fragen mit nationalen, internationalen oder globalen Auswirkungen.

Gemeinschaften, Individuen, soziale und Umweltbewegungen in der ganzen Welt protestieren bereits gegen große Bergbauprojekte, kämpfen für das Menschenrecht auf Wasser, wehren sich gegen Landraub und bestehen auf ihrem Recht auf Zugang zu Informationen und Zustimmung zu Großprojekten. Ihre Regierungen haben häufig internationale Abkommen unterzeichnet, die Menschenrechtsverletzungen unmöglich machen sollten. Allerdings handelt es sich dabei in vielen Fällen nur um Worte auf Papier. Die für ihre Durchsetzung zuständigen Institutionen sind entweder zu schwach oder fehlen gänzlich. Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit sind selbst häufig schwierig zu erreichen. Gerichte und Gesetze spiegeln die ungleichen Machtverhältnisse in der Gesellschaft wider, die sie hervorgebracht hat. Empowerment, der Aufbau von Institutionen und das Einklagen von Rechten müssen zeitgleich erfolgen, um einen Machtwechsel herbeizuführen. Im Kontext der Ressourcenpolitik könnte dies bedeuten, lokale Gemeinschaften zu befähigen, ihre (individuellen und kollektiven) Rechte auf Land, Wasser, Wälder, genetische Ressourcen, traditionelles Wissen usw. gegenüber den Interessen von Konzernen und Regierungen vor Gericht zu behaupten und geltend zu machen. Dafür sind juristische Innovationen nötig, neue Systeme von Eigentumsrechten jenseits bestehender Formen. Eine solche Strategie muss extrem sensibel hinsichtlich bestehender und potenzieller Konflikte innerhalb und zwischen Gemeinschaften und einzelnen Mitgliedern der Gemeinschaft sein.

«Die Dynamik, Menschen wieder mehr Macht zu geben und ihre Verbindung zu natürlichen Ressourcen wiederherzustellen, ist heute unausweichlich. Wenn das Bewusstsein vom Recht der Menschen auf natürliche Ressourcen geweckt wird, ist dies die Grundlage für eine Welle von Veränderungen, die eine gut informierte und aktive kritische Masse von Menschen schaffen wird. Diese wird auf Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger Druck ausüben, ihre Politiken unter nachhaltigeren und integrativeren Gesichtspunkten zu gestalten.»

Muna Dajani

Delegierte der Zukunftswerkstatt Naher Osten, Nordafrika und Türkei

Die (internationalen) multilateralen Institutionen sollte Richtlinien einführen, die den Rahmen für Umwelt, Menschenrechte und Demokratie im nationalen Recht und für lokale Initiativen darstellen, einschließlich extraterritorialer Verpflichtungen. Dies bedeutet, dass Staaten sehr wohl gewährleisten müssen, dass die Unternehmen ihres Landes die Menschenrechte in anderen Ländern achten, schützen und erfüllen. Wenn beispielsweise Investitionen europäischer Firmen zu Menschenrechtsverletzungen in Drittländern führen oder dazu beitragen, haben lokale Gemeinschaften häufig weder die Mittel noch die institutionellen Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren. Die Verantwortung von Staaten für Geschehnisse außerhalb ihres Territoriums sind in den Weltregionen von besonderer Bedeutung, in denen die demokratischen Räume schrumpfen.

Deswegen sollte eine Menschenrechtsklausel in Vereinbarungen über Ressourcenpartnerschaften, Investitionen und Handel aufgenommen werden, die sich stark von der heute in vielen Handelsabkommen bestehenden unterscheidet. Heute geht es in der Menschenrechtsklausel lediglich um Bestrafung im Falle «unfairer» Produktionsweisen, die letztlich einen der Handelspartner benachteiligen. Dies bedeutet, dass Land A den präferenziellen Marktzugang des Landes B widerrufen (oder einschränken) kann, wenn der Handelspartner (Land B) die Menschenrechte nicht achtet (z.B. Produkte mit Kinderarbeit herstellen lässt) und deshalb das Produkt zu einem niedrigeren Preis anbieten kann als Land A. Eine neue und tatsächlich anwendbare Menschenrechtsklausel in Handels- und Investitionsabkommen sollte sich auf das Abkommen selbst beziehen und prüfen, ob die Entwicklungen unter dem Abkommen zu Menschenrechtsverletzungen führen. Dies wäre eine ernstzunehmende Anerkennung extraterritorialer Menschenrechtspflichten.

«Die jeweiligen Regierungen müssen einen politischen und rechtlichen Rahmen entwickeln, der sämtliche Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf einen fairen Anteil an den natürlichen Ressourcen, Rechte auf angemessene Kompensation im Falle der Beeinträchtigung durch Ressourcenabbau und den Schutz unserer Umwelt gewährleistet.»

Erick Owino Onduru, Tamiru Sisay Misganaw und Florentina Julius Kideka
Delegierte der Zukunftswerkstatt Ostafrika und Horn von Afrika

Von den «Voluntary Guidelines for Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests» (Freiwillige Leitlinien für die verantwortungsvolle Regelung der Nutzungs- und Besitzrechte an Land, Fischgründen und Wäldern) – die im Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) entwickelt wurden – kann man sowohl durch ihr Zustandekommen wie auch als Ergebnis viel lernen. Diese Leitlinien sind besonders deswegen bemerkenswert, weil bei ihrer Verhandlung und Entwicklung ein höchst inklusiver Prozess zum allerersten Mal die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft auf UN-Ebene ermöglichte. Ein weiterer wichtiger Grund ist die umfassende Menschenrechtsperspektive des Dokuments. Deswegen erfahren die Leitlinien starke Unterstützung seitens der Zivilgesellschaft in der ganzen Welt.

Das Hauptziel der Leitlinien ist wie folgt formuliert: Sie «streben danach, die Governance der Nutzungs- und Besitzrechte über Land, Fischereien und Wäldern zugunsten aller zu verbessern, mit einem Schwergewicht auf gefährdete und marginalisierte Menschen, mit den Zielen der Ernährungssicherheit und der schrittweisen Verwirklichung des Rechts auf ausreichende Nahrung, Beseitigung der Armut, nachhaltige Existenzgrundlagen, soziale Stabilität, sicheren Zugang zu Wohnraum, Entwicklung des ländlichen Raums, Schutz der Umwelt sowie nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Alle Programme, Politiken und technische Unterstützung zur Verbesserung der Governance der Nutzungs- und Besitzrechte durch die Umsetzung dieser Leitlinien sollen mit den bestehenden Verpflichtungen von Staaten unter dem Völkerrecht, einschließlich der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderer Völkerrechtsinstrumente zu den Menschenrechten, konsistent sein.»

Ogleich die Leitlinien freiwilliger Natur sind, beziehen sie sich immer wieder auf den rechtlichen Rahmen der Menschenrechte, der für alle Unterzeichnerstaaten bindend ist. Er stärkt die politische Durchsetzung der Leitlinien. Doch keine Vereinbarung (auch kein Gesetz) setzt sich von selbst durch. Öffentlicher Druck, Mobilisierung und Organisierung sind nötig, um die positiven Vorschriften zu implementieren oder durchzusetzen. Sie sind nötig, um jegliche Vereinbarung (auch jegliches Gesetz) mit Leben zu erfüllen und als Triebkraft für den sozialen Wandel fungieren zu lassen. Aus diesem Grund verleiht nur ein integrierender Prozess die nötige Kraft zur Umsetzung und Verwirklichung, wenn er also die Zivilgesellschaft darauf verpflichtet, einen gewissen politischen Rahmen zu nutzen oder ein bestimmtes Gesetz durch Kämpfe vor Ort zu unterstützen.

b) Die Machtkonzentration stoppen und Zugang zu sowie Kontrolle über natürliche Ressourcen, Finanzkapital und Technologien wieder in die Hände der Menschen legen

Nicht nur die Größe von Unternehmen ist problematisch («too big to fail and jail»), sondern auch das Geschäftsmodell selbst, das dem Profit Vorrang vor den Menschen einräumt. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre, wirtschaftliche Macht und die Vereinnahmung der Politik durch die Wirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene zu verfolgen und offenzulegen. Dies erfordert Recherchen, Interessenvertretung und letztendlich auch Gerichtsverfahren.

Heute besteht die größte Konzentration von Macht in der Akkumulation von Finanzkapital. Finanzinstitutionen und Banken (private wie öffentliche) sind Schlüsselakteure bei Großinvestitionen in Ressourcen (Land, Bergbau, fossile Energieträger usw.). Sie spielen auch eine Schlüsselrolle, wenn politische Eliten öffentliche Gelder veruntreuen und in Steueroasen verbergen. Ressourcenpolitik muss Hand in Hand gehen mit einer Regulierung der Finanzmärkte, Steuergerechtigkeit (einschließlich einer Finanztransaktionssteuer), einem Verbot von Geldwäsche und anderen Maßnahmen. Das Ziel ist, sowohl die finanzielle Macht (Einkommen wie Eigentum) umzuverteilen als auch unmöglich zu machen, dass Einzelne politische

Entscheidungen zu ihren Gunsten kaufen. Eine Besteuerung des Ressourcenabbaus würde Entwicklungsländern Steuereinnahmen bringen und sollte den jeweiligen Territorien und Menschen zugute kommen. Verbindliche Regulierungen bezüglich Transparenz der Einnahmen in der Rohstoffwirtschaft, wie sie in den USA und Europa eingeführt worden sind, sind ein sehr kleiner erster Schritt in die richtige Richtung und sollten erweitert werden, um die gesamte Wertschöpfungskette sowie andere Sektoren mit zu umfassen. Die Tatsache, dass solche Gesetze schwierig durchzudrücken waren und gegenwärtig auf den erbitterten Widerstand der Industrie stoßen, macht deutlich, dass sie einen Eckpfeiler des Geschäftsmodells der Industrie bedrohen.

«Die Offenlegung von Zahlungen reicht jedoch bei weitem nicht aus, um die Transparenz und Regeltreue ausländischer Investitionen in Chinas Rohstoffsektor zu gewährleisten. Wir sind der Ansicht, dass die chinesischen Rohstoffunternehmen parallel zu ihren bestehenden CSR-Berichten separate Antikorruptions-Compliance-Berichte herausgeben sollten, um ihre diesbezüglichen Aktivitäten offenzulegen: von Vorbeugung und Aufdeckung bis hin zu Bestrafung im Falle illegaler Zahlungen und der Nichterfüllung von Vorschriften.»

Ting Xu

Delegierte der Zukunftswerkstatt Südostasien und China

Im Kampf gegen die Übermacht der Märkte ist der Widerstand gegen die Einführung oder Ausweitung von neuen Marktausgleichsinstrumenten im Naturschutz von Bedeutung. Angeblich schützen sie die Natur, aber in der Realität ermöglichen sie – häufig mit der Unterstützung von Finanzmarktakteuren – denjenigen, die das Geld haben, sich vom Gesetz freizukaufen und «Business as usual» zu betreiben. Eines der wichtigsten Foren für den Widerstand gegen diese falsche Lösung ist die internationale Klimapolitik. Dort gefährdet die Ausweitung des CO₂-Handels und die Idee, in Pflanzen und Böden gespeicherten Kohlenstoff als Ausgleich für Emissionen aus fossilen Energieträgern einzubeziehen, die Integrität des Klimaregimes wie auch lokale Existenzgrundlagen und Rechte, besonders durch die Einhegung der letzten verbleibenden Commons (Wälder, Land, Wasser usw.).

Außerdem sollten diejenigen Unternehmen in den Blickpunkt gerückt werden, die versuchen, die Kontrolle über Biomasse, genetische Ressourcen und die Technologien für die «Grüne Ökonomie» der Zukunft zu erlangen. In dieser Hinsicht ist es von großer Bedeutung, sich für offen zugängliche Technologien und Saatgut einzusetzen – ein weiterer Kampf gegen die moderne Einhegung von Gemeingütern. Handelsbezogene Aspekte von Patenten werden in Handels- und Investitionsabkommen unter dem TRIPS-Übereinkommen (Handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums) geregelt. Keine Regulierung unter TRIPS sollte den freien Zugang von Produzentinnen und Produzenten zu Saatgut und anderen Technologien beeinträchtigen. Menschenrechtliche Folgenabschätzungen sowie

Menschenrechtsklauseln, wie oben erwähnt, würden Probleme der Menschenrechtsverletzungen durch Patentregulierungen angehen.

«Indem Gemeinschaften ins Vertrauen genommen werden, entstehen wechselseitiges Vertrauen und Beziehungen durch fortlaufende Konsultation und Kommunikation bereits ab dem Beginn der Projekte. Gemeinschaften sollten über die Vorzüge, die Auswirkungen, den erwarteten Beitrag zur Entwicklung des Landes sowie die Vorteile, die die Projekte den betroffenen Gemeinschaften bringen werden, informiert werden.»

Mohammad Tawab Stanikzai
Delegierter der Zukunftswerkstatt Südasiens

Zwei Jahrzehnte, in denen sich Entwicklung und Einsatz von bestimmten Technologien im Kontext massiver Liberalisierung von Handel und Investitionen beschleunigt haben, haben die Menschheit in eine weitaus schlimmere Situation gebracht als zu der Zeit, als sogar das Konzept der nachhaltigen Entwicklung selbst noch in den Kinderschuhen steckte. Es ist Zeit, Technologien zu überdenken. Neue, hoch riskante Technologien, vom sehr kleinen (synthetische Biologie, Nanotechnologie) bis zum sehr großen (Geo-Engineering) Maßstab, entwickeln sich rasch. Ihre Befürworter versprechen, dass sie die Schlüssel zur Lösung des Klimawandels, des Welthungers, der Energieknappheiten und des Verlusts von Biodiversität in Händen halten. Bei Bestrebungen, die neuesten technologischen Pseudolösungen möglichst schnell einzusetzen, werden häufig das Vorsorgeprinzip sowie soziale und ökonomische Auswirkungen ignoriert. Die internationale Ebene muss Regeln für die strikte Anwendung des Vorsorgeprinzips sowie eine transparente und partizipatorische Form der Technologiefolgenabschätzung festlegen.

c) Produktion, Konsum und Lebensgrundlagen hin zu sozial-ökologischer Gerechtigkeit transformieren

Die Gesellschaft kann sich nur dann erlauben, die Natur als in Hülle und Fülle vorhanden zu betrachten, wenn sie es wagt, ihre Wechselbeziehungen mit der Natur zu verändern. Zunächst einmal benötigen alle Menschen Zugang zu ihrem jeweiligen «fairen Anteil» an der Natur. Dies impliziert eine Veränderung der Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Generationen, Altersgruppen, Klassen usw. Dies wird nur dann funktionieren, wenn die globalen Mittel- und Oberschichten ihren Konsum radikal reduzieren, die Effizienz der Ressourcennutzung erhöhen und eine komplette Kreislaufwirtschaft etablieren. Neue Technologien können dabei helfen, aber sie werden niemals ausreichen und könnten sogar zu neuen Problemen führen.

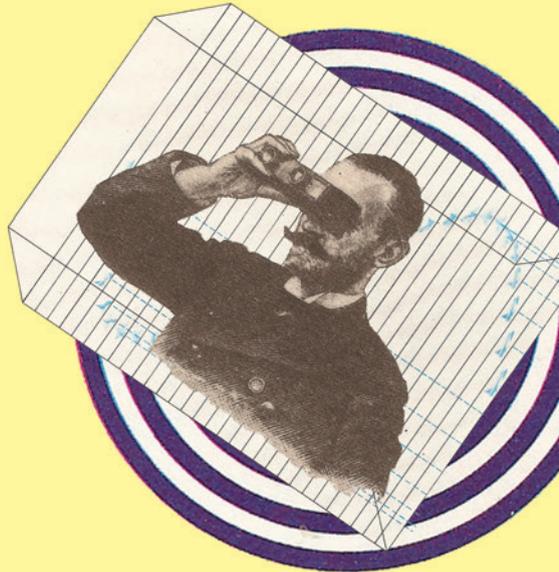
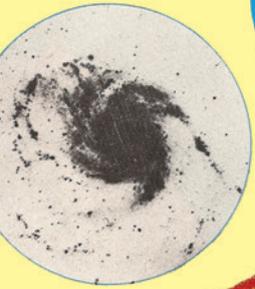
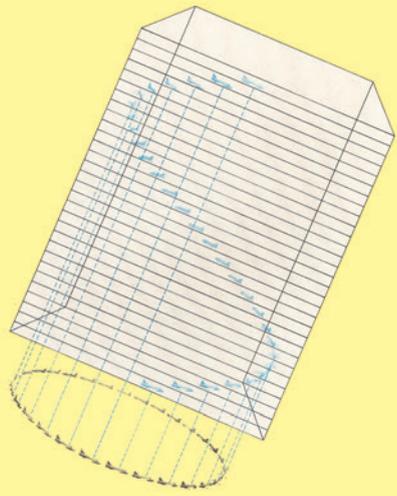
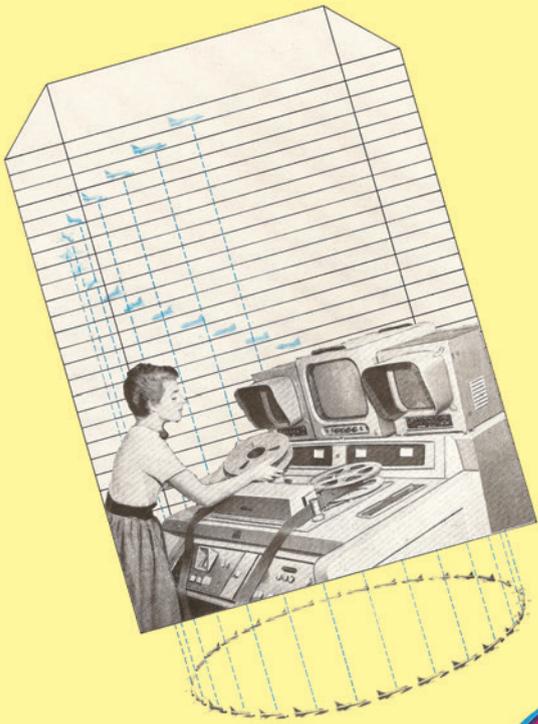
Die reale Transformation, die an vielen Orten in der ganzen Welt stattfindet, kommt von unten, wobei Menschen die Kontrolle über ihre Wasserversorgung, Stromnetze und natürlichen Lebensräume wiedererlangen. In jüngerer Zeit und

zunehmend hinterfragen Menschen die Verfahrensweise und den Zweck der Produktion und schwächen so die Macht der privaten Konzerne und der Märkte. Dieser Wandel braucht Unterstützung. Immer mehr Menschen engagieren sich viel tiefgreifender und direkter im Bemühen, ihr eigenes Lebensumfeld mit unterschiedlichen Mitteln zu gestalten. Solche Mittel reichen von umfangreichen Mobilisierungen zur Blockade einer Mine und Massenprotesten auf den Straßen bis hin zum Aktivismus in sozialen Medien oder das Sammeln und Verteilen von Katastrophenhilfe außerhalb von Regierungskanälen. Diese Menschen nehmen ihre Existenz und ihre Grundrechte selber in die Hand. Bereits heute haben sich Millionen Menschen organisiert, um ihre Wälder und Fischereien zu verteidigen, lokale Nahrungsmittelkreisläufe neu zu erfinden, produktive Online-Gemeinschaften zu organisieren, öffentliche Räume wiederzuerobern und den verantwortungsvollen Umgang mit der natürlichen Umwelt zu verbessern. Sie entwickeln neue Vorstellungen von der tatsächlichen Bedeutung von «Fortschritt» und Governance. Ein großer Teil dieser Entwicklungen geschieht sozusagen unter dem Radar und ist für die globale Medienöffentlichkeit nicht sichtbar. Eine Stimme zu erlangen und ihr Gehör zu verschaffen ist dabei komplexer und schwieriger geworden, denn dafür braucht es neben ausgeklügelten Strategien für gleichzeitige politische Kämpfe innerhalb und außerhalb des herrschenden Systems auch das Agieren in mehreren Arenen, von lokal bis hin zu global.

«Obwohl unsere Diskussion zuweilen recht hitzig wurde und es manchmal schwierig war, sich auf unsere Aufgaben zu verständigen, waren wir uns über die meisten der Prinzipien einig. Lokalisierte Produktion von Waren und Energie, Abfall als Ressource, Wirtschaftsmacht als Bedrohung, übermäßiger Konsum und übermäßige Produktion als Symptome dieser Macht, ein demokratischerer und nachhaltigerer Dialog über Ressourcennutzung und -abbau auf dezentralisierter, aber auch auf internationaler Ebene und über den Erhalt grundlegender Menschenrechte und bürgerlicher Freiheiten sind für unser Streben nach Nachhaltigkeit allesamt entscheidend.»

Nora Feldmar, Dominika Gmerek, Sven Janowski und Johanna Sydow
Delegierte der Zukunftswerkstatt Europa

Auf der internationalen Ebene können Debatten über alternative Systeme für ökonomische Governance dazu beitragen, Konsummuster der globalen Mittel- und Oberschicht zu verändern, etwa durch die Sharing Economy und den Ansatz der Commons, deren Erfolg weniger von marktorientierter als von bedürfnisorientierter Produktion abhängig ist. Es geht nicht um Skaleneffekte, sondern um Diversifikationsvorteile; nicht BIP-Wachstum, sondern das Wohlergehen der Gesellschaft, der Menschen und der Natur sollen in die Orientierung der Politik und die Regulierung einfließen. Diese Ansätze im Kontext von Menschenrechten und Naturrechten würden aus sich heraus neue Formen der Produktion, des Konsums und des Handels hervorbringen.





Ein gutes Beispiel für die Möglichkeit von Wandel ist der globale Fleischkonsum, der zu Umweltdegradation, Armut und Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung führt. Obwohl es wichtig ist, dass Einzelpersonen ihren Lebensstil verändern, reicht dies bei weitem nicht aus. Auch aus der Perspektive der extraterritorialen Verpflichtungen handelt es sich dabei um eine Verpflichtung der EU, ihre Agrarpolitik bezüglich der industriellen Fleischproduktion zu verändern. Deren politische und finanzielle Unterstützung beeinträchtigt die Natur und die Menschenrechte.

«Die Ausrichtung der Ressourcengovernance muss verändert werden, von der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts hin zu einem integrativeren Ansatz, der Zusammenarbeit, soziales Kapital, soziales und mentales Wohlergehen und die Ambitionen der Menschen mit berücksichtigt, wie beispielsweise im GNH-Ansatz (Gross National Happiness, Bruttonationalglück) der Politikgestaltung in Bhutan.»

Divya Gupta und Pinaki Dasgupta
Delegierte der Zukunftswerkstatt Südasiens

Bestimmte Ressourcen und Territorien benötigen bestimmte Governance-Regime, die nicht notwendigerweise entweder öffentlich (vom Staat kontrolliert) oder privat sein müssen. Es gibt funktionierende Ressourcenmanagementsysteme auf Grundlage von Commons für Wasser, Nahrungsmittel, Saatgut, Wälder, Grasland und viele weitere Ressourcen und Wissenssysteme in der ganzen Welt. Sie reichen von lokalen bis zu regionalen Lösungen. Viele von ihnen stehen unter starkem Privatisierungs- und Einhegungsdruck durch Marktakteure. Tatsächliches Empowerment erfordert neue «Kulturen der Nachhaltigkeit», mit Werten jenseits des Konsumismus. Diese Kulturen konzentrieren sich stattdessen auf Teilen, auf Wiedererlangung oder Verteidigung von Commons und in vielen Teilen der Welt auf das Wiedererlernen des «Commoning» (Bewirtschaften von Gemeingütern).

6 Wie geht es weiter?

Der Prozess, der zu diesem Memorandum führte, ist zugleich anregend, herausfordernd und inspirierend gewesen. Das Wissen, die Perspektiven, die Visionen und Strategien, die er generiert hat, sind der Anfang und nicht das Ende eines globalen Dialogs über Ressourcengerechtigkeit. Die neue Perspektive und der neue normative Rahmen, die hier aufgezeigt werden, werden hoffentlich andere inspirieren, diese Ideen und Vorschläge weiterzuentwickeln und sie in ihren lokalen und regionalen Kontext zu übersetzen. Dies wird hoffentlich auch diejenigen inspirieren, die nach Lösungen auf der internationalen Ebene suchen.

Was steht morgen in der Zeitung? Je nachdem, in welchem Land der Welt man sich befindet, könnten es Meldungen über eine lokale Nahrungsmittelkooperative in Europa sein oder über eine lokale Treuhandgesellschaft für Grund und Boden («community land trust») in Brüssel, eine verhinderte Pipeline für Teersande in Nordamerika, grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu Wasserfragen im Nahen Osten und Nordafrika, eine durch Crowdsourcing zustande gekommene Grünfläche im Zentrum von Toronto, Tabuzonen für den Bergbau in Zentralamerika oder eine Energiewende in Osteuropa. Gleichgültig, wo man lebt und arbeitet – Meldungen über eine bessere Zukunft finden sich überall. Es steht zu hoffen, dass sie global besser sichtbar werden und uns Schritt für Schritt in Richtung unserer imaginierten Zukünfte begleiten.



NEUERSCHEINUNG!!!

Neue Ökonomie der Natur

Ob Klimawandel oder Naturzerstörung – die Lösung dieser Probleme könnte in einer ökonomischen «Wertschätzung» der Natur und ihrer Dienstleistungen liegen. Doch kann die Natur tatsächlich besser geschützt werden, wenn das, was sie in existentieller Weise für den Menschen leistet, in Euro und Dollar ausgedrückt wird?

Die Publikation *Neue Ökonomie der Natur* von Thomas Fatheuer bietet eine leicht verständliche Einführung in das Thema und beleuchtet die Konzepte und Instrumente, die aus der Idee einer Monetarisierung der Natur hervorgehen. Anschauliche Beispiele zeigen die sozialen und ökologischen Zielkonflikte sowie die riskante Wirkungsmacht dieser Neuen Ökonomie.

Schriften zur Ökologie – Band 35:

Neue Ökonomie der Natur

Eine kritische Einführung

Von Thomas Fatheuer

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung 2013

Berlin, Dezember 2013, 72 Seiten

ISBN 978-3-86928-120-9

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de



Ob Ausbeutung von Teersanden in Nordamerika und im Kongo, gewaltige Landkäufe in Asien und Afrika, Chinas Investitionen in der Mekong-Region, Bergbau und Sojaanbau in Lateinamerika – die globale Ressourcen-Bonanza ist eine Tatsache. Doch die Nutzung all dieser natürlichen Ressourcen geschieht ohne Respekt vor den ökologischen Grenzen und führt auch nicht zu einer fairen Verteilung des Reichtums.

Dieses Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung zeigt mithilfe eines neuen Politikansatzes, der Ökologie, Demokratie und Menschenrechte verknüpft, zukunftsweisende Wege für eine faire und nachhaltige Ressourcenpolitik in der Welt.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Die grüne politische Stiftung

T 030 285340 **F** 030 28534109

E info@boell.de **W** www.boell.de

ISBN 978-3-86928-128-5